Soester Kreisblatt

Soester Zeitung, Tageblatt u. General-Anzeiger, Publikationskraft für die Behörden

früher Wochenblatt mit allein rechtsverbindlicher des Kreises Soest / Gegründet 1819

Erscheint täglich morgens mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. / Bezugspreis monatlich 2 RM. / Bei zeitweiligem Nichterscheinen infolge höherer Gewalt muß der Bezugspreis voll entrichtet werden. / Geschäftsstelle: Soest, Wiesenstr. 5. / Fernspr. 59. / Postscheckk.: Hannover 22 539

Anzeigenpreise: Die einspaltige Millimeterzeile 8 Pfg., für Auswärtige 10 Pfg. Reklamen 50 Pfg. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kommt bei gerichtlichen Klagen in Fortfall - Für Erfüllung von Platzvorschriften wird keine Gewähr übernommen. - Anzeigenannahme bis 6 Uhr abends

Nr. 223 — Donnerstag, den 22. September 1932 — 114. Jahrgang

Das Preußenparlament tagt drei Tage

Vor der Beilegung des Konfliktes

wegen des Beschlusses über die Pflichten der Beamten

Der Preußische Landtag trat am Mittwoch nach etwa dreiwöchiger Pause wieder zusammen. Das Haus ist stark besetzt, die Tribünen sind überfüllt; lediglich die Regierungsbank blieb leer.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt

Abg. Hinkler für die NSDAP.-Fraktion

folgende Erklärung ab: Angesichts der Erklärung der Presse des Herrenklubs und des Herrn Reichskanzlers von Papen bezüglich der Auffassung der nationalsozialistischen preußischen Landtagsfraktion zu den Rechten und Pflichten der Beamten dem Reichskommissar in Preußen gegenüber erklärt die Fraktion folgendes: Die Fraktion hat am 30. 8. dem kommunistischen Antrag zugestimmt, da am gleichen Tage auf Anordnung der kommissarischen preußischen Regierung sämtlichen Ministerialbeamten im Gegensatz zu der Gepflogenheit der früheren Regierung und im Gegensatz zu den Rechten der Volksvertretung verboten war, die Räume des Landtags überhaupt zu betreten und ihrer pflichtgemäßen Berichterstattung der Volksvertretung gegenüber nachzukommen. In den letzten drei Wochen hat die preußische Regierung — wohl unter dem Druck dieser Entscheidung — sich bemüht, weitere Verfassungsverletzungen gegenüber der Volksvertretung zu vermeiden.

Die nationalsozialistische Fraktion erklärt dazu, daß sie nicht daran denke, von sich aus gegenüber einer im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Befugnisse handelnden Regierung die Beamten und Staatsangestellten zu einer Verletzung ihrer Pflichten aufzufordern. (Lachen links.) **Soweit sich die Reichskommissare von Papen und Dr. Bracht unter dem Druck des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg, an dessen Verfassungstreue Zweifel nicht bestehen können** (erneutes Lachen links), **im Rahmen der auch von ihm beschworenen Verfassung handeln, sieht es die Fraktion der Nationalsozialisten für eine selbstverständliche Pflicht aller Beamten und Staatsangestellten an, auch ihrerseits Verfassung und Gesetz in preußischer Pflichterfüllung zu beachten.** (Andauerndes Gelächter links.)

SPD.-Anträge

Abg. **Jürgensen** (Soz.) bringt mehrere Anträge seiner Fraktion ein. Unter anderem soll die polizeiliche Haussuchung im Reichstag, die gegen die Reichsverfassung verstoße, zum Gegenstand einer Untersuchung durch den Polizeiuntersuchungsausschuß gemacht werden. In einem weiteren Antrag erhebt die sozialdemokratische Fraktion allerschärfsten Protest gegen den Inhalt der Besprechungen zwischen dem Reichspräsidenten und dem Landtagspräsidenten. Der Landtagspräsident sei nicht berechtigt, im Namen des Landtags ohne Auftrag Verhandlungen zu führen. Der Antrag verlangt, daß der Landtag das Verhalten des Präsidenten mißbillige. Schließlich soll die Staatsregierung ersucht werden, alle von den Sondergerichten gefällten Urteile mit größter Beschleunigung nachzuprüfen und Strafen von unverhältnismäßiger Höhe herabzusetzen. Außerdem soll die Verordnung über die Bildung von Sondergerichtn dahin abgeändert werden, daß vor dem 10. August begangene Straftaten nicht mehr vor einem Sondergericht verhandelt werden dürfen.

Das Haus beschließt, den ersten dieser Anträge über die Haussuchung im Reichstag dem Polizeiuntersuchungsausschuß zu überweisen. Gegen die Aufsetzung des zweiten Antrages über das Verhalten des Landtagspräsidenten wird von nationalsozialistischer Seite Widerspruch erhoben, während der Antrag bezüglich der Sondergerichte mit einem entsprechenden Punkt der heutigen Tagesordnung verbunden wird.

Anträge der KPD.

Abg. **Kasper** (Komm.), der dann das Wort erhält, beginnt seine Ausführungen mit den Worten „Der Bracht-Kerrl ..." Bei diesem Ausspruch entsteht bei den Nationalsozialisten große Erregung, während bei den Kommunisten Händeklatschen und Beifallsrufe laut werden.

Präsident Kerrl schließt den Abg. Kasper wegen grober Verletzung der Ordnung von der Sitzung aus. (Händeklatschen bei den Nationalsozialisten — Lärm bei den Kommunisten — Abg. Kasper verläßt unter stürmischen „Raus"-Rufen der Nationalsozialisten den Saal.)

Abg. **Schwenk** (Komm.) bringt einen kommunistischen Urantrag ein, in dem darauf hingewiesen wird, daß die Minister des amtsenthobenen Kabinetts Braun weiter ihre hohen Bezüge und Aufwandsentschädigungen beziehen und ihre Dienstwohnungen und ihre Dienstautos benutzen. Der Antrag fordert, daß diesem Zustand unverzüglich ein Ende gemacht wird.

Abg. **Pieck** (Komm.) protestiert dagegen, daß sein Fraktionsgenosse Kollege Kasper wegen eines Wortspieles von der Sitzung ausgeschlossen worden sei. Er bringt weiter den Antrag ein, der Landtag wolle seine Auflösung zum 5. November 1932 beschließen. Neuwahlen sollten spätestens am 6. November stattfinden.

Da sich kein Widerspruch gegen den Antrag erhebt, wird sofort ohne Aussprache darüber abgestimmt.

Für den kommunistischen Antrag stimmen die Kommunisten, die Deutschnationalen und die Staatspartei. Der Antrag ist also abgelehnt. (Händeklatschen und anhaltende ironische Zurufe der Nationalsozialisten.)

Abg. **Steinfurth** (Komm.) wendet sich dagegen, daß der Beschluß des Landtages, die politischen Notverordnungen aufzuheben, bisher nicht durchgeführt worden sei, daß aber die Verbote proletarischer Zeitungen und Zeitschriften sich dauernd mehrten. Er beantragt, die Zeitungsverbote sofort aufzuheben, den Berliner Polizeipräsidenten Melcher seines Amtes zu entheben und seine Stelle nicht wieder zu besetzen.

Der Antrag wird mit der Tagesordnung verbunden. Das Haus tritt dann in die Tagesordnung ein und verweist fast

200 Anträge in die einzelnen Ausschüsse.

Entsprechend dem Beschluß des Aeltestenrates wird die vorgesehene Beratung des nationalsozialistischen Antrages auf Neuwahlen in den Gemeindevertretungen von der Tagesordnung abgesetzt.

Bergbaufragen

Es folgt die Beratung von Bergwerksanträgen.

Abg. **Ligendzer** (Komm.) nimmt zu Lohnfragen im Bergbau Stellung. Er spricht von unzureichenden Löhnen im Bergbau und tritt für eine Verkürzung der Arbeitszeit im Bergbau und für eine internationale Verständigung in dieser Frage ein.

Präsident Kerrl teilt mit, daß er nach Einsichtnahme in das Stenogramm den Ausschluß des kommunistischen Abg. Kasper zurücknehme, zumal ihm mitgeteilt worden sei, daß der Ausdruck nicht böse gemeint war.

Abg. **Kreker** (Zentr.) unterstützt die vorliegenden Anträge und fährt fort, daß besonders Oberschlesien durch die unselige Grenzziehung schwer betroffen worden sei. Die Grenze müsse wieder so festgelegt werden, daß die auseinandergerissenen Betriebe wieder wirtschaftlich verbunden seien.

Ohne weitere Aussprache werden die Abstimmungen auf später vertagt.

Die Haushalts-Notverordnung

Es folgt die Beratung der Notverordnung vom 15. Juli 1932 über die Feststellung des Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1932, die noch von der Regierung Braun erlassen worden ist.

Abg. **Kasper** (Komm.) kritisiert besonders die Einsparungen auf kulturellem Gebiet. Die Ausgaben auf dem Gebiet der Volksschulen und Lehrerbildung wurden um 138,5 Mill. RM. eingeschränkt. Er wendet sich dann der gegenwärtigen Lage in Preußen zu und führt dabei aus, die Nationalsozialisten seien, wie auch aus ihrer heutigen Erklärung hervorgehe, fortgesetzt unter der Fuchtel des Herrn von Papen auf dem Rückzuge. Unter großer Unruhe und zahlreichen Zwischenrufen der Nationalsozialisten spricht der Redner von Zersetzungserscheinungen in der SA. Obgleich die Nationalsozialisten im Preußischen Landtag die Schlachtsteuer als staatlichen Diebstahl bezeichnet hätten, habe die nationalsozialistische Regierung in Oldenburg ebenfalls die Schlachtsteuer eingeführt.

Abg. **Heilmann** (Soz.) bezeichnet es als bemerkenswert, daß in dieser großen politischen Aussprache die größte Partei des Hauses noch nicht das Wort genommen, und daß bisher außer den Kommunisten und den Sozialdemokraten sich niemand zum Wort gemeldet habe. Die preußische Volksvertretung sei ohne jeden politischen Einfluß. Die Verantwortung der Nationalsozialisten für die Regierung Papen bestehe fort. (Widerspruch bei den Nationalsozialisten.) Sie (zu den Nationalsozialisten) dachten, es würde ein Uebergangskabinett sein. Sie kennen die preußischen Junker schlecht! Nehmen, was man kriegen kann, und gar nichts hergeben, war schon immer ihre Parole in allen Staats- und Privatangelegenheiten. Solange Sie (zu den Nationalsozialisten) daran mitgearbeitet haben, das Zentrum aus seiner Schlüsselstellung zu verjagen, waren Sie die lieben Kinder der Deutschnationalen. Nachdem Sie das Ziel erreicht haben, haben sich die Deutschnationalen der Alleinherrschaft bemächtigt. Und jetzt verhandeln Sie mit dem Zentrum darüber, wie man die Bundesgenossen von Harzburg wieder aus der Macht haut. Um Verhandlungen mit dem Zentrum irgendeinen Menschen zu beneiden, wäre Vermessenheit. (Stürmische Heiterkeit rechts und Ruf: Sie sprechen aus Erfahrung.) Dazu ist das Zentrum ein viel zu kluger und zäher Verhandlungspartner. Sie führen den Namen Sozialisten mit Unrecht, denn Sie lehnen die Grundforderungen des Sozialismus ab.

Abg. **Lohse** (Natsoz.) erklärt, die Sozialdemokratie könne nicht den Anspruch erheben, die Rechte des Volkes zu verteidigen, denn sie habe ihre parlamentarische Macht mißbraucht. Ohne Rücksicht auf Recht und Gesetz habe man nationalsozialistische Beamte entlassen, die Partei unterdrückt und ihre Kämpfer ins Gefängnis geworfen. (Unruhe und Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten.) Die kommissarische preußische Regierung, so fährt der Redner fort, habe den alten Etat unverändert übernommen und genau so weiter gewurstelt wie die alte Regierung. Auch in sozialer und kultureller Hinsicht sei nichts geändert worden. Langsam aber sicher gingen wir auch unter Führung dieser Herren dem Abgrunde entgegen. Die Steuergutscheine seien etwas so Naives, wie man es wohl selten erlebt habe. Der Nationalsozialismus nehme den Kampf gegen diese Regierung rücksichtslos auf. Der Redner fragt, mit welchem Recht der Herrenklub heute in Deutschland die Führung des Staates verlange. Heute, wo sie keinen Einfluß mehr besäßen, schimpften die Deutschnationalen auf das Parlament, und als große Parlamentspartei hätten sie doch recht gern an den Fleischtöpfen der Weimarer Republik gesessen und nicht von der Ausschaltung des Parlaments gesprochen. Sie (zu den Deutschnationalen) nennen sich Monarchisten und haben mit der Zustimmung zum Republikschutzgesetz die Rückkehr des Kaisers verhindert. Hätten Sie vor dem Kriege das Werk Bismarcks besser verwaltet, dann wäre 1918 die Revolution nicht gekommen. Wenn Sie den Kampf von uns wollen, Sie sollen ihn haben! (Stürmischer Beifall bei den Nationalsozialisten.)

Abg. **Kube** (Natsoz.) erwidert dem Abgeordneten Heilmann, er habe es mit mädchenhafter Scheu vermieden, zur Tagesordnung zu sprechen. Auf die schönen theoretischen Vorträge über Sozialismus komme es nicht an. Aus den schmerzensreichen Rufen Heilmanns an das Zentrum höre man die tief enttäuschte Liebe eines Liebhabers heraus, der feststellen müsse, daß sich bei seiner ehemaligen Geliebten Möglichkeiten zur Anknüpfung eines neuen Verhältnisses ergäben. (Große Heiterkeit und Rufe bei den Kommunisten: Sie machen sich ganz gut als Rebenbuhler!) Der Redner wendet sich dann gegen den Reichskanzler von Papen und erklärt: Herr von Papen, Sie irren sich, wenn Sie glauben, wir wollen dasselbe wie Sie. Wir denken nicht daran, Ihre arbeiter- und bauernfeindliche Politik mitzumachen. Wenn Sie glauben, die politische Gewalt in Deutschland zu handhaben, wenn Sie Ihre scharfmacherische Presse ins Land hinaussenden, wenn Sie in diesem Wahlkampf nicht die Freiheit geben wollen, wie im letzten Wahlkampf, wenn Sie glauben, damit die deutsche Nation beeinflussen zu können, dann irren Sie sich. Wir haben den Kampf gegen den Marxismus nicht geführt, damit an die Stelle der sozialdemokratischen Landräte Ihre Landräte treten. Sie können auch nicht auf unsere Gefühle wirken, wenn Sie bei Nacht und Nebel in den Reichstag eindringen und unter dem Vorwand einer Sprengstoffsuche die politische Korrespondenz einer unbequemen Partei beschlagnahmen. Dieses Spiel ist geeignet, den deutschen Staat dem Bolschewismus zu überliefern. Die Zeiten sind vorüber, wo man das deutsche Volk mit einer angeblichen Ueberlegenheit bevormunden konnte. Wenn Sie es wagen sollten, uns gegenüber die Verfassung außer Kraft zu setzen, dann müssen Sie sich selbst dafür verantwortlich machen, wenn Repressalien von irgendeiner Seite ins Auge gefaßt werden. Wie will Herr von Papen nach der Reichtagsneuwahl gesetzlich weiter regieren? Glaubt man, daß Deutschnationale und Deutsche Volkspartei im neuen Reichstag die Mehrheit haben? (Lachen rechts.) Es soll nicht moralisch sein, daß wir mit dem Zentrum verhandeln. Aber es ist wohl moralisch, wenn die Deutschnationalen mit dem Zentrum regieren? Wir denken nicht daran, uns von unserem Nationalismus oder Sozialismus etwas abhandeln zu lassen. Das nationale Wollen der 14 Millionen Nationalsozialisten kann die Regierung von Papen unter keinen Umständen dem Auslande gegenüber zum Ausdruck bringen. Der 6. November wird kein wesentlich anderes Bild zeigen als der 31. Juli. Wir werden sehen, ob am 7. November Herr von Papen wieder mit einer Handbewegung das Votum der deutschen Nation beiseite schiebt. (Beifall bei den Natsoz.)

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag.

Der Aeltestenrat

hatte vor der Plenarsitzung getagt. Er beschloß, daß der Sitzungsabschnitt des Plenums bis Freitag dauern soll. Anträge, die über das Gehorsamsverhältnis der Beamten zur Regierung eingebracht sind, sollen am Donnerstag auf die Tagesordnung gesetzt werden. Außer den Anträgen der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen liegt auch vom Zentrum ein Antrag vor, um den Konflikt zu bereinigen. Verbunden mit der Beratung soll ein sozialdemokratischer Antrag werden, der sich gegen die politischen Besprechungen des Landtagspräsidenten Kerrl wendet.

Am Freitag wird sich der Landtag voraussichtlich bis nach den Reichstagswahlen vertagen. Nur in außerordentlichen Fällen soll der Präsident ihn nochmals vorher einberufen.

Wie das Nachrichtenbüro des VdZ. noch erfährt, kam es in der Aeltestenratssitzung des Preußischen Landtages zu heftigen Auseinandersetzungen über die Sitze der Parteien in den Aufsichtsräten der staatlichen Gesellschaften. Die Deutschnationalen, die einen Teil dieser Sitze innehaben, hätten nach ihrer jetzigen Fraktionsstärke eigentlich keinen Anspruch mehr auf eine Vertretung in den Aufsichtsräten. Sie weigern sich aber, ihre Sitze zugunsten der Nationalsozialisten, die ihren Anspruch offiziell angemel-

...haben, preiszugeben. Der Aeltestenrat hat deshalb beschlossen, daß sich der Landtagspräsident an die kommissarische Regierung wenden soll, um die Gesellschafter-Versammlungen der staatlichen Gesellschaften einzuberufen mit dem Ziele, die deutschnationalen Aufsichtsratsmitglieder abzuberufen.

Die Anträge über das Gehorsamsverhältnis der Beamten

Der Redner der NSDAP. gab, wie oben schon berichtet, bei Beginn der Plenarsitzung eine Erklärung zu diesem Streitpunkt ab.

Ein Antrag der deutschnationalen Fraktion hat folgenden Wortlaut:

„Am 30. August hat eine Mehrheit des Landtages einen Beschluß gefaßt, der die Beamten und Angestellten rechtswidrig von der Pflicht zur Befolgung von Dienstanweisungen entbinden will. Wenn auch diesem selbstredend von keinem Beamten oder Angestellten auch nur die geringste Beachtung geschenkt worden ist, so ist er doch geeignet, eine große Rechtsunsicherheit in der Beamtenschaft hervorzurufen. Durch die Erklärung des Präsidenten ist dieser unhaltbare Beschluß des Landtages nicht beseitigt. Der Landtag wolle daher beschließen: Der Landtagsbeschluß vom 30. August, durch den die Beamten und Angestellten von ihrer dienstlichen Gehorsamkeitspflicht entbunden werden sollen, wird als gesetzwidrig aufgehoben."

Die Zentrumsfraktion hat, wie das Nachrichtenbüro des VdZ. hört, einen Antrag eingebracht, in dem gesagt wird, die preußischen Beamten hätten, von vereinzelten Ausnahmen abgesehen, trotz der schweren Gewissenskonflikte, in die sie, wie es in dem Antrage heißt, „durch das nach übereinstimmender Ueberzeugung des Landtages, des Staatsrates und des Staatsministeriums verfassungswidrige Vorgehen der Reichsregierung gegen Preußen" geraten mußten, ihre Amtspflichten treu und gewissenhaft erfüllt. Der Landtag spreche den Beamten dafür Dank und Anerkennung aus. Gleichzeitig gebe er der Erwartung Ausdruck, daß die preußischen Beamten auch fernerhin ihre dienstlichen Obliegenheiten getreu der bewährten Berufstradition des preußischen Beamtentums zum Besten von Staat und Volk unparteiisch und gewissenhaft erfüllen werden.

Arbeit!

Die Reichsmittel für Instandsetzungsarbeiten

Durch die Notverordnung vom 4. September 1932 sind weitgehende Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung für das Baugewerbe, vor allem auch für das Handwerk getroffen worden. Der Reichsarbeitsminister hat jetzt im Deutschen Reichsanzeiger die näheren Bestimmungen über die Vergebung der Mittel veröffentlicht. Die Kosten der Instandsetzungsarbeiten müssen mindestens 250 RM. betragen. Der Zuschuß beträgt ein Fünftel der Kosten. Eine Rückzahlung wird nicht gefordert. Die Arbeiten dürfen erst nach dem 25. September 1932 begonnen sein.

Zusätzliches Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsbahn

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, der sich am 19. und 20. September in der Hauptsache mit der Beteiligung der Reichsbahn am Programm der Reichsregierung beschäftigte, beschloß, über die bisher vorgesehenen Mittel hinaus etwa

180 Mill. RM. für weitere Beschaffungen und Arbeiten

zu verwenden, die der Reichsbahn aus den Gutscheinen für die Beförderungssteuer zufließen. Um diese Mittel schon jetzt flüssig zu machen, ist eine Vorfinanzierung der Steuergutscheine in Aussicht genommen, der der Verwaltungsrat zustimmte.

Darüber hinaus beauftragte der Verwaltungsrat den Generaldirektor, die Verhandlungen über die Beschaffung weiterer Mittel in Höhe von 100 Mill. RM. zur Erhöhung des außerordentlichen Beschaffungsprogramms auf 280 Mill. RM. beschleunigt fortzusetzen.

Das zusätzliche Arbeitsbeschaffungsprogramm gibt neben der Mehrarbeit bei den Lieferanten allein

bei der Reichsbahn selbst 24 000 Mann Arbeit.

Außerdem können durch Einlegen von Feierschichten bei der Bahnunterhaltung mindestens weitere 6000 Arbeiter in Beschäftigung bleiben.

Die Akkordlöhne

Im Reichsanzeiger erscheint die angekündigte zweite Verordnung des Reichsarbeitsministers zur Durchführung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit, die durch zwei Ergänzungen die Anwendung dieser Verordnung auf Akkordlöhne regelt. Voraussetzung der Kürzung ist auch hier, daß eine tarifliche Lohnregelung für den Arbeitnehmer besteht. Da praktisch schwer festzustellen wäre, welcher Teil des Akkorddienstes gerade in der 31. bis 40. Wochenarbeitsstunde erarbeitet ist, soll bei der Berechnung des zulässigen Abzuges von einer gleichmäßigen Verteilung des Akkordverdienstes auf die einzelnen Stunden ausgegangen werden. Auch der Anteil des tarifvertraglichen Lohnsatzes am Akkordverdienste ließe sich nur durch umständliche Berechnung feststellen. Deswegen soll vom tatsächlichen Akkordverdienst des einzelnen Arbeiters ausgegangen werden. Die Akkordarbeiter werden im Gesamtdurchschnitt etwa zehn vom Hundert übertariflichen Verdienst haben. Dieser Ueberverdienst soll vom Abzuge frei bleiben.

Der Arbeitgeber hat für die Berechnung zwei Wege, die zum gleichen Ergebnis führen: Er kann entweder zehn vom Hundert des tatsächlich erzielten Akkordverdienstes frei lassen, also den Abzug von 90 v. H. des Verdienstes berechnen, oder er kann die Hundertsätze der in der Hauptverordnung vorgesehenen Unterschreitung um zehn vom Hundert ermäßigen.

Im Zusammenhang damit wird auch eine Klarstellung der Vorschrift vorgenommen, daß in dem Aushang, der die Unterschreitung der Tarifsätze bekanntgibt, die ermäßigten Lohn- und Gehaltssätze anzugeben sind. Es genügt, daß der Arbeitgeber den Hundertsatz angibt, um den die tarifvertraglichen Lohn- und Gehaltssätze oder die Akkordverdienste unterschritten werden sollen.

Zur Vermeidung von Zweifeln wird darauf hingewiesen, daß nach der Absicht der Verordnung der Arbeitgeber, der die Tariflöhne und Gehälter mit der zugelassenen Abweichung zahlt, damit den Tarifvertrag und den Arbeitsvertrag erfüllt. Aus der Durchführungspflicht der Tarifvertragsparteien folgt also nicht etwa, daß der Arbeitgeberverband den ihm angeschlossenen Arbeitgeber dazu anhalten müßte, trotz der ihm durch die Verordnung verliehenen Berechtigung den vollen Tariflohn zu zahlen. Andererseits würde eine Gewerkschaft, die einen gegen die gesetzlich zugelassene Unterschreitung der Tarifvertragssätze gerichteten Arbeitskampf unterstützt, gegen die tarifvertragliche Friedenspflicht verstoßen.

Streik wegen Durchführung der Notverordnung

Das Kabelwerk Carl Reinshagen in Ronsdorf hatte angekündigt, daß für die Belegschaft von der 31. Arbeitsstunde an eine Lohnkürzung um 30 Prozent erfolgen werde. In einer Belegschaftsversammlung haben die Arbeiter beschlossen, in den Streik zu treten. Da der Aufforderung der Verwaltung an die Belegschaft, die Arbeit wieder aufzunehmen, nur etwa 50 Arbeiter Folge leisteten, ist den restlichen etwa 300 Arbeitern fristlos gekündigt worden. Der Betrieb erleidet keine Unterbrechung, da fortlaufend Arbeitswillige eingestellt werden.

*

Aus Hagen, 21. Sept., wird berichtet: Von der 500köpfigen Belegschaft des Gußstahlwerks Wittmann in Hagen-Haspe befindet sich der weitaus größte Teil im Streik. Die Belegschaft hat sich mit der seitens der Werksleitung vorgenommenen 10prozentigen Kürzung der Löhne für die 31. bis 40. Wochenarbeitsstunde nicht einverstanden erklärt, die auf Grund der Notverordnung vom 15. September erfolgte, um neue Arbeitskräfte einzustellen. Fünf Gewerkschaften, der Deutsche Metallarbeiterverband, der Christliche Metallarbeiterverband, der Hirsch-Dunckersche Verband, RGO. und die nationalsozialistische Betriebszellenorganisation, haben sich mit dem Streik einverstanden erklärt. Aus Kreisen des Deutschen Metallarbeiterverbandes wird jedoch erklärt, daß an einem gemeinsamen Vorgehen mit der RGO. und der NSBO. nicht zu denken sei.

Beginn der Aemterzusammenlegung in Rheinland-Westfalen

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, ist durch Erlaß des preußischen Ministers des Innern vom 15. September 1932 mit Wirkung vom 1. Oktober 1932 die Zusammenlegung einer Reihe rheinischer und westfälischer Aemter in den Kreisen Cochem, Düren, Prüm, Wittlich, Daun und Wittgenstein verfügt worden. Hierdurch wird die Zahl der Aemter in den betreffenden Gebieten von 33 auf 14 vermindert. Diese Aemterzusammenlegung, die im Einvernehmen mit den zuständigen Bezirksausschüssen und im wesentlichen auch im Einverständnis mit den Vertretungskörperschaften der beteiligten Kreise, Aemter und Gemeinden erfolgt, bezweckt eine durchgreifende Rationalisierung und Verbilligung der Verwaltung in den betroffenen Gebieten. Nach vorsichtiger Schätzung wird selbst diese nicht allzu weitgehende Zusammenlegung von Aemtern schon Ersparnisse in Höhe von mindestens 100 000 RM. im Gefolge haben, denen irgendwie erhebliche Erschwernisse für die Bevölkerung nicht gegenüberstehen, da die Eingliederung im wesentlichen kleinere Aemter und solche betrifft, die bereits heute in Personalunion verwaltet werden. Die Staatsregierung ist gewillt, die jetzt erstmalig in größerem Umfang eingeleitete Nationalisierung der Verwaltung des flachen Landes in den beiden Westprovinzen fortzusetzen und ohne Antastung der bewährten Amtsverfassungsreform die durch die heutige Notlage unbedingt erforderliche Verbilligung der ländlichen Verwaltung alsbald zum Abschluß zu bringen.

Der Tarifstreit im Ruhrbergbau

In Zeitungen wird berichtet, daß Reichsarbeitsminister Schäffer seine Anwesenheit auf dem Kongreß der christlichen Gewerkschaften in Düsseldorf dazu benutzt habe, um in Duisburg Besprechungen mit den Unternehmern und den Arbeitnehmern des Bergbaues zu führen. Der Zweck dieser Besprechungen sollte darin bestanden haben, eine Einigung der Tarifparteien des Ruhrbergbaues außerhalb der amtlichen Schlichtungsverhandlungen, die bekanntlich am 24. September in Essen stattfinden, anzubahnen, um von vornherein ein Eingreifen der Reichsregierung in diesem Streit zu vermeiden.

Hierzu teilt der Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands dem NWB.-Dienst mit, daß ihm von diesen Besprechungen nichts bekannt ist und daß ein Vertreter des Bergarbeiterverbandes an derartigen Verhandlungen nicht teilgenommen hat

Der Kongreß der christlichen Gewerkschaften

In der im weiteren Verlauf des Kongresses stattgefundenen

Aussprache

erklärte sich **Kallscheid** (Bergarbeiter) für die Verstaatlichung des Bergbaues. Wenn Großbanken und Großindustrie nicht wirtschaften könnten, müßten sie durch eine andere Wirtschaftsordnung abgelöst werden. Den Arbeitern müsse das Kontroll- und Mitbestimmungsrecht in den Betrieben gewahrt werden.

Körner, Köln, vertrat die Auffassung, daß wir zu einer staatlichen und genossenschaftlichen Tarifregelung der Wirtschaft kommen müßten. Eine Rückkehr zu dem freien Spiel der Kräfte sei vollständig unmöglich. Die absolute Autarkie sei ein Unsinn. An einer Neuregelung des Finanz- und Kreditwesens würden wir nicht vorbeikommen. Die Steueranrechnungsscheine bedeuteten eine Kreditausweitung. Eine Inflation werde in Deutschland nicht eintreten, wenn der Staat nicht wolle. Zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit müsse man etwas wagen.

Fahrenbrach (Textilarbeiter) wandte sich gegen jede überspannte Agrarpolitik der Reichsregierung, da hierdurch die Ausfuhr erschwert werde.

Stähler (Bauarbeiter) verurteilte den Freiwilligen Arbeitsdienst, weil durch ihn das Baugewerbe geschädigt würde.

Behrens (Landarbeiter) steht den Maßnahmen der Regierung mißtrauisch gegenüber. Er fordert die Wiederherstellung des Siedlungsapparates, Schutz des deutschen Forstes gegen übertriebene Holzeinfuhr aus Rußland.

Nach Schluß der Aussprache fand die Beratung der Anträge statt, und es wurden hierzu eine Reihe von

Entschließungen

angenommen, in denen sich der Kongreß der christlichen Gewerkschaften mit aller Entschiedenheit gegen die Notverordnungen der Reichsregierung wendet und sofortige entscheidende Umkehr von dieser einseitig die Arbeiterschaft belastenden Politik des Reiches fordert. Im Zusammenhang damit verurteilt der Kongreß aufs schärfste die Autarkiebestrebungen und lehnt jede Agrarpolitik ab, die den Lebensraum und die Existenzmöglichkeiten der Arbeiterschaft weiter einschränkt. Der Gesamtvorstand wurde beauftragt, ein Protesttelegramm an die Reichsregierung abzusenden, in dem die neuen Einfuhrkontingentierungen zugunsten der Landwirtschaft eindeutig abgelehnt werden. Die weitere Entschließung befaßt sich mit der Entlassung von 52 000 Arbeitern der Reichsbahn. Es kommt darin zum Ausdruck, daß diese harte Maßnahme bei entsprechender Verkürzung der Arbeitszeit der im Betriebs- und Verkehrsdienst stehenden Arbeitnehmer, die jetzt 54 Stunden beträgt, vermeidbar wäre. Weitere Entschließungen fordern, daß die durch die letzten Notverordnungen eingetretene soziale Rückentwicklung durch Einbruch in die Grundlagen der Sozialversicherungsgesetzgebung rückgängig gemacht werden. Die Rechtsgrundlage auf diesem Gebiete solle wieder hergestellt werden. Bezüglich der Steuergesetzgebung verlangt der Kongreß: Wiederherstellung des steuerfreien Existenzminimums, Beseitigung der Bürgersteuer und der Abgabe zur Arbeitslosenversicherung, Rückerstattung zu viel gezahlter Lohnsteuer und Aenderung des freiwilligen Arbeitsdienstes, der an sich gebilligt wird. Der Kongreß widersetzt sich aber den Versuchen, diesen zu untertariflicher Arbeitsleistung zu mißbrauchen. Bei Eintritt normaler Zustände müsse ein schneller Abbau desselben erfolgen. Eine allgemeine Arbeitsdienstpflicht wird abgelehnt, weil sie leicht zur Zerschlagung des Lohn- und Arbeitsschutzes führen könne. Neben dem freiwilligen Arbeitsdienst müsse eine möglichst weitgehende fachkundliche Schulung der erwerbslosen Jugend stehen. Lehrlinge müßten nach Vollendung der Ausbildung noch mindestens ein Jahr weiter als Geselle beschäftigt werden. Weiter wird die Reichsregierung ersucht, darauf zu dringen, daß bei den privaten Unternehmungen die hohen Bezüge der Generaldirektoren und sonstigen Verwaltungsmitglieder im Hinblick auf die allgemeine Notlage herabgesetzt werden. Angesichts der schlechten Verhältnisse in den Heimatgebieten der Wanderarbeiter (es handelt sich hier vorzugsweise um Steinarbeiter) werden von der Reichsregierung und den Ländervegierungen schnelle Hilfsmaßnahmen verlangt, die Abhilfe schaffen.

Darauf ergriff

Professor Brauer

das Wort zu einem Vortrage. Der Redner führte u. a. aus, daß die Wirtschaftskrise, namentlich im Gefolge des Weltkrieges und der Inflation, die deutsche Sozialversicherung in ihren Leistungen schwächen mußte, das erkennt auch die deutsche Arbeiterschaft an. Der heutige Kampf gegen

die Sozialpolitik

aber bedeutet etwas ganz anderes als das vergebliche Bemühen, den Wiederaufstieg der Wirtschaft durch möglichste Beschränkung der Produktionskosten erleichtern oder gar erst ermöglichen zu wollen. Der vielfach erstrebte Abbruch der Sozialpolitik gefährdet vielmehr die deutsche Wirtschaftskraft, indem er den Produktionsfaktor Arbeit empfindsam schwächt und degradiert. Um den augenblicklich tobenden Kampf nach Art und Bedeutung richtig ermessen zu können, müssen die einzelnen Herde dieses Kampfes bloßgelegt werden. Eine Art Kampffront erwächst aus der seit jeher vorhanden gewesenen materiellen Gegnerschaft gegen die Sozialpolitik. Man will sie nicht. Eine zweite Kampffront erwächst aus der grundsätzlichen Feindschaft gegen die Sozialpolitik und eine dritte ergibt sich aus der nicht bloß in der Wirtschaft, sondern auch in der Wissenschaft vielfach anzutreffenden Ueberordnung der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik über die Sozialpolitik. Eine vierte Kampffront tritt uns aus den jüngsten Notverordnungen entgegen. Sie wehrt sich gegen den sogenannten Wohlfahrtsstaat. Im Grunde genommen strebt sie aber nach Wiedereinrichtung des patriarchalisch gedachten „Wohlfahrtsstaates", indem sie die Sozialpolitik zu obrigkeitlicher Fürsorge verfälscht. Der Kampf gegen die Sozialpolitik kann angesichts solcher Gesamtlage nur erfolgreich geführt werden, wenn die Sozialpolitik als gesellschaftsbildende Kraft erkannt wird. Die vor dem Kriege übliche Sozialpolitik war und mußte staatliche Sozialpolitik sein, weil sie nur die Kraft vom Staate hatte. Damit war insgesamt eine Grundlage geschaffen, auf der sich dann wirkliche Sozialpolitik im Sinne eines allmählichen Neuaufbaues der Gesellschaft nach wirklich sozialen Gesichtspunkten vollziehen konnte. Nunmehr beginnt der Versuch, Sozialpolitik als gesellschaftsbildende Kraft tätig und wirksam werden zu lassen. Durch das Arbeitsrecht in weitestem Umfange wird, obwohl es erst in Ansätzen vorliegt, das Volk selber aufgerufen und in die Lage versetzt, die gesellschaftliche Zerklüftung nach bloßen Besitzmomenten dadurch allmählich zu überwinden, daß der einzelne arbeitende Mensch sich als Glied einer geordneten Schicht zu erkennen und zu fühlen beginnt. Das heutige Arbeitsrecht bietet insofern einen Anhaltspunkt für die organische Ueberleitung zum Neuen, als es eine Weiterführung des Tarifvertrages zur Tarifgemeinschaft ermöglicht. Die Tarifgemeinschaft achtet die unvermeidlichen Interessengegensätze und führt auf dem Wege praktischer gewerbepolitischer Betätigung über das Stadium offenen oder verhüllten Faustkampfes hinaus. Durch die Betreuung der Beteiligten mit der Selbstverwaltung wird der Staat aus den Niederungen des wirtschaftlichen Interessenkampfes herausgehoben und seiner Funktion, über den Parteien kraftvoll zu entscheiden, zugeführt. Soweit Sozialpolitik als Sozialversicherung usw. materielle Leistungen zusichert, wird sie durch Uebertragung in die Selbstverwaltung der Berufsstände in die Lage versetzt, daß dieselben voll und ganz den Voraussetzungen der beruflichen Eigenart angepaßt werden können. Außerdem ist der Betrieb der Sozialpolitik in der Selbstverwaltung weniger kostspielig als bürokratische Verwaltung. Die gesellschaftsbildende Kraft der Sozialpolitik wird durch die Uebernahme auch der Sozialversicherung usw. in die Selbstverwaltung der Beteiligten ebenfalls gestärkt, indem der einzelne in Tagen der Not sich durch seine „Berufsgenossenschaft" im wirklichen Sinne des Wortes getragen und gestützt fühlt. Eine wirklich auf das Wohl des Gesamtvolkes bedachte Regierung sollte und müßte die jetzige Zeit mit ihrem Zwang zur Umwälzung auf den verschiedensten Gebieten benutzen, um die Reform der bisherigen Sozialpolitik im aufgezeigten Sinne durchzuführen. Hier bietet sich eine ideale Möglichkeit, die Soziallehren des Christentums in umfassender Form praktisch zu verwirklichen oder doch zumindest ihre Verwirklichung einzuleiten.

Nach dem Vortrag des Professors Brauer ergriff der

Gesamtverbandsvorsitzende Otte (Berlin)

das Wort zur Schlußansprache, in der er sich gegen die in verschiedenen Blättern gegebene Darstellung wandte, als ob die Stellungnahme des Kongresses gegen die Regierung Papen vom parteipolitischen Gesichtspunkte diktiert sei. Wir wenden uns nur gegen einen Kurs, der volksfremd und reaktionär ist. Auch das Ankurbelungsprogramm bekämpfen wir nicht aus parteipolitischen Gründen, wir bekämpfen es, weil es wirtschaftlich voll innerer Widersprüche ist. Der Weg zum Besseren ist nicht leicht und auch nicht kurz. Der Weg ins Freie ist nur zu finden auf einem Kurs, der auf wahrer Freiheit und sozialer Gerechtigkeit aufgebaut ist. Unsere Parole ist: Höchste Aktivität, heiliger Kampf für Volk und Arbeiterrecht, für einen neuen Volksaufbau. Der Kampf soll sich stützen und seine Kraft schöpfen aus dem ewigen und unvergänglichen Quell der Grundsätze eines lebenswahren und echten Christentums. Wir verbinden unseren Kampf mit dem unbezwingbaren Glauben an die Zukunft unseres deutschen Vaterlandes, einem Vaterlande, dem unsere heiße Liebe, unsere Treue und unsere Hingabe gehört, einem Vaterland, in dem herrschen sollen, wie es in dem Deutschlandlied heißt: Einigkeit und Recht und Freiheit.

Mit einem Hoch auf die christlichen Gewerkschaften und das deutsche Vaterland sowie mit dem Gesang des Deutschlandliedes fand der Kongreß seinen Ausklang.

Nr. 223 Zweites Blatt **Soester Kreisblatt** Donnerstag, den 22. September 1932

Aus der Stadt

Renovierung des Glockengießerhauses in der Osthofenstraße

Das alte, dem Kreise gehörige sogn. Glockengießerhaus, im Jahre 1593 laut Inschrift auf dem schön u. reich geschnitzten Querbalken der Frontseite erbaut, war durch die Jahre hindurch baufällig geworden und wird jetzt instandgesetzt. Die Arbeiten sind in Angriff genommen und auf diese Weise bleibt eins der schönsten alten Fachwerkbauten aus der Renaissancezeit dem Stadtbilde als eine Verkörperung aus der Zeit der Zünfte und Gilden erhalten. Es geht auch nicht an, dem Zahn der Zeit noch weitere Sehenswürdigkeiten unseres alten Soests zum Opfer fallen zu lassen!

Das Hochbauamt überwacht und leitet die Arbeiten, die durch hiesige Firmen, die Bauarbeiten durch Firma Wienkopp, die Zimmerarbeiten durch Herrn Zimmermeister Knapp, die Dachdeckerarbeiten durch Firma Eduard Pieper und die Schreinerarbeiten durch Herrn Ferdinand Schnettler, ausgeführt werden. Ein stilgerechter Anstrich wird das Haus wieder in das rechte Licht setzen.

Im Hause wird ein Gelbgießer, die alte Grove und Glocke auf dem Friese an der Front künden es uns, seine Werkstatt gehabt haben, einer jener Zunft, die uns der westfälische Dichter Landois in seinem berühmten plattdeutschen Roman „Frons Essink" so trefflich geschildert hat. Spuren der „Fabrik" sind im Hinterhau des Hauses noch ersichtlich; ein zweiter plattenbelegter Boden tritt hier jetzt zu Tage und liegt dieser Teil des Hauses auch tiefer. Neben einigen kleinen irdenen Gefäßen aparter Form fand sich auf dem Boden des Hauses ein zum Dachbinder verarbeiteter reichgeschnitzter Renaissance-Balken, der wohl von einem alten ehem. Soester Fachwerkhause herrührt und besser an einer sichtbaren Stelle Verwendung fände.

Durch die Wiederinstandsetzung des Hauses wird die obere Osthofenstraße wesentlich verschönt werden.

:-: **Belohnung.** Auf die Bekanntmachung betr. Belohnung für Namhaftmachung von Personen, die bei der Verunreinigung des Soestbaches oder Beschädigung von städt. Anlagen betroffen werden, weisen wir besonders hin.

:-: **Freiquartire gesucht.** Für die Jugendtagung des Vaterländischen Frauenvereins am Sonnabend und Sonntag in Soest werden noch über 100 Freiquartiere benötigt, da noch immer Anmeldungen einlaufen. Die Uebernachtung erfolgt von Sonnabend auf Sonntag (ohne Frühstück). Anmeldungen an das Städt. Verkehrsamt (Ruf 171).

In städtischen Besitz übergegangen

Wie wir hören, ist die Halle der ehemaligen Hüstener Gewerkschaft in Soest von der Stadt Soest nunmehr zum Preise von 15 000 Mark angekauft worden. Verhandlungen über den Ankauf der Halle schwebten schon längere Zeit. Auch die Stadtverordnetenversammlung war mit der Frage schon beschäftigt worden. Die Halle soll auf dem jetzigen Gelände abgebrochen und auf dem Grundstück des Sägewerks am Grandwegertor aufgebaut werden.

Kuban-Kosaken-Konzert

Die Kuban-Kosaken sind da. In der „Lichtburg". Leider ließ der Besuch zu wünschen übrig. Immer ist ein Sturm von Beifall um diese Kosaken, immer muß nach den Liedern der Dirigent mit kurzen energischen Schritten vorkommen und sich verneigen. Und wenn man diese Gesichter ansieht, und die Lieder daherfummen, dann ist es so, daß sie nichts anderes tun, als aus ihrem Leben zu erzählen, aus dem russischen Leben.

Gestern abend wurde der Kuban-Kosaken-Chor dirigiert von Herrn L. Iwanoff. Das Programm umfaßte drei Teile: der erste war der geistlichen Musik gewidmet „Rette, o Gott, Dein Volk", „Eintönig klingt das Glöckchen" usw. Der zweite Teil (mit Balalaika-Orchester) brachte Volkslieder ernsten Genres: „Das Wolgalied", „Lindenbaum" von Schubert (deutsch gesungen) und andere mehr. In diesen Darbietungen wurde die Brummstimme als Begleitung sehr herangezogen. Als erzwungene Zugabe brachten die Kosaken lebhaft beklatscht „Das Geheimnis" von Hermann Löns. Der dritte Teil brachte mehr lustige Weisen, u. a.: „Der Kuckuck" und „Kanawka". Hierbei war besonders hervorgehoben der Kuckucksruf, das Surren und Summen. Der Beifall für die Darbietungen, auch den am Schluß gezeigten Tanz, war sehr lebhaft.

Die Leistungen des Chors verdienen es unbedingt, daß das heute abend stattfindende Konzert einen weit besseren Besuch aufweist.

)!(**Um den Strompreis für Ladenbesitzer.** Der Verwaltungsausschuß der Städtischen Werke wird sich in dieser Woche mit der Neufestsetzung des Strompreises für die Ladenbesitzer befassen. Es ist zu hoffen, daß es dann zu einem neuen Vertrage kommt.

(!) **Ausverkauft!** Die Abonnementskarten für die Darbietungen des Bühnenvolksbundes in dieser Saison sind bis auf einige wenige verkauft, sodaß auch diesesmal wieder mit einem vollen Haus erfreulicherweise zu rechnen ist.

)!(**Die Imker des Kreises tagen in Günne.** Für den kommenden Sonntag, den 25. ds. Mts., hat der Bienenzuchtkreisverein seine ihm angeschlossenen Mitglieder zu einer Herbsttagung in den Gasthof Wilhelm Jürgens nach Günne einberufen. Die Tagung beginnt 3,30 Uhr nachmittags. Die äußerst reichhaltige Tagesordnung sieht u. a. folgende Punkte vor: 1. Bericht über die Tagung des Westf. Hauptvereins in Dortmund; 2. Ausstellung in Soest; 3. Honigpreis; 4. Zeitungsbestellung; 5. Festsetzung des Beitrages für 1933; 6. Erstattung der baren Auslagen für den Seuchensachverständigen; 7. Tätigkeitsbericht; 8. Festsetzung des nächsten Tagungsortes. Anschließend an die Tagung soll eine Besichtigung der Möhnetalsperre, der in der Sperrmauer befindlichen Brutanstalt für Fische und des Kraftwerkes stattfinden.

(!) **Auszeichnung.** Herr Rentmeister Müller-Völlinghausen, Rentmeister bei Herrn Landrat a. D. Kammerherrn von Bockum-Dolffs, Völlinghausen, konnte gestern sein 40jähriges Dienstjubiläum begehen. Aus diesem Anlaß wurde er von der Landwirtschaftskammer für seine langjährigen treuen Dienste mit der versilberten Kammermedaille am rot-weißen Band ausgezeichnet. Die Auszeichnung wurde dem Jubilar durch den Landw. Kreisverein, Herrn Landw.-Rat Hopp, Soest, mit den besten Wünschen für seine weitere Tätigkeit überreicht.

:-: **Lernt stenographieren!** Es sei auch an dieser Stelle auf die im Anzeigenteil erfolgende Bekanntmachung der Winterkurse des hiesigen Kurzschriftvereins hingewiesen. In Anbetracht der hohen Bedeutung der Kurzschrift für alle in kaufmännischen Betrieben tätigen jungen Leute und für die Angestellten und die Beamten der öffentlichen Verwaltung werden alle Interessenten darauf aufmerksam gemacht. Nach tüchtigen Stenographen herrscht auch noch in Zeiten der Arbeitslosigkeit Nachfrage, wie der Anzeigenteil mancher Tageszeitung beweist, wo „Perfekte Stenographen", „Kenntnis der Kurzschrift", wird immer wieder gefordert werden. Ohne dieses Rüstzeug der Kurzschrift ist es heute unmöglich, eine Beschäftigung im Büro zu finden. — Der Kurzschriftverein hat sich die Verbreitung der deutschen Einheitskurzschrift zum Ziele gesetzt. In Anbetracht der wirtschaftlichen Lage sind die Kosten für den Anfängerunterricht so herabgesetzt, daß selbst die Sätze der Vorkriegszeit unterschritten sind. Die Fortbildungsabende sind für die Mitglieder unentgeltlich. Und gerade die Fortbildung ist so überaus wichtig, mit einem Anfängerlehrgang allein ist es nicht getan. Gelegenheit zum Fortbildungsunterricht ist im Winterhalbjahr den Mitgliedern jetzt zweimal in der Woche geboten. Anmeldungen zu den Kursen können beim Vorsitzenden (siehe Anzeige) oder bei Kursusbeginn am 4. 10. erfolgen.

(!) **Als Gymnasialdirektor in Bielefeld bestätigt.** Die Berufung des Studienrats Dr. Beudel vom staatlichen Gymnasium in Soest zum Oberstudiendirektor des Bielefelder Gymnasiums und Realgymnasiums ist vom Staatsministerium bestätigt worden. Die Einführung des neuen Direktors wird voraussichtlich am Donnerstag, den 13. Oktober, vormittags 11 Uhr, stattfinden.

)!(**Uebertragung des Fußball-Länderkampfes.** Nachdem mit Sonnens Abschied der Meisterschaftsbetrieb im Fußballsport allgemein mit großem Nachdruck eingesetzt hat, tauchen schon die ersten Großkämpfe aus der Flut der Ereignisse empor. Der erste Länderkampf der neuen Winterspielzeit führt die deutsche Auswahl-Elf gegen Schweden. Nürnberg, die alte fränkische Stadt, ist im Zeichen des Gustav-Adolf-Jahres als Schauplatz des Spiels und Herberge der skandinavischen Gäste ausersehen worden. — Also **Länderkampf Deutschland-Schweden** am 25. September in **Nürnberg.** Um die zahlreichen Fußballfreunde unter den Rundfunkhörern auch diesmal so gut wie möglich an der Veranstaltung teilnehmen zu lassen, wird das Länderspiel durch Rundfunk übertragen. Der Westdeutsche Rundfunk wird die Schilderung des Verlaufes der zweiten Halbzeit in der Zeit von 16,30 bis 17,15 Uhr über den Sender Langenberg verbreiten. —

?:? **Wichtig bei Anmeldung von Ferngesprächen.** Die frühere Form der Gesprächsanmeldung, bei der der Teilnehmer zunächst seinen eigenen Anschluß und erst dann die gewünschte Verbindung nach Amt und Nummer anzugeben hatte, ist dahin geändert worden, daß an erster Stelle die gewünschte Verbindung nach Amt und Nummer und dann erst die angemeldete Stelle genannt wird. Diese Neuerung, die nach eingehenden praktischen Vorversuchen wesentlich zur Beschleunigung der Gesprächsvermittelung beiträgt, gilt für alle Fern- und Schnellverkehrsgesprächsanmeldungen. Es heißt also z. B. nicht mehr: „Hier Lünen 2000, bitte Siegen 3000", sondern „Bitte Siegen 3000, hier Lünen 2000". Besondere Angaben wie Dringlichkeit, Voranmeldung usw. sind wie bisher am Schlusse der Anmeldung zuzufügen. — Die Beamtinnen haben Anweisung, bei Entgegennahme der Anmeldungen durch entsprechende Fragestellung die Teilnehmer zur Anwendung der neuen Angabefolge anzuregen.

Das Winterhilfswerk

für Erwerbslose und Hilfsbedürftige soll auch in diesem Winter wieder durchgeführt werden. Diejenigen Organisationen, welche sich im Vorjahr zu einer Notgemeinschaft zusammengeschlossen hatten, haben kürzlich beschlossen, das Hilfswerk für diesen Winter wieder aufzunehmen. Für diesen Beschluß, der von den beteiligten Damen und Herren große Opfer an Zeit und Arbeit fordert, sei den infrage kommenden Vereinen und Verbänden besonders gedankt. Es ist zu wünschen und zu hoffen, daß die Arbeit aller Beteiligten weiteste Unterstützung derjenigen findet, die imstande sind, irgendwie mitzuhelfen.

Die Durchführung der Winterhilfe ist wie folgt geplant:

Im Gegensatz zum vorigen Jahr beschränkt sich die Notgemeinschaft auf die Pfundsammlung und auf die Sammlung von Schuhen, sowie auf die Annahme von Barspenden. Zusätzlich betreut werden von der Notgemeinschaft in Verbindung mit dem städtischen **Wohlfahrtsamt** die erwerbsfähigen Hilfsbedürftigen, soweit sie beim Arbeitsamt oder beim Wohlfahrtsamt Unterstützung beziehen. Die Beschränkung ist deshalb erforderlich, weil die Erhaltung der Arbeitskraft der erwerbslos gewordenen eine der dringendsten Aufgaben aller mit der Fürsorge beschäftigten Stellen ist. Ferner ist für diesen Kreis der Hilfsbedürftigen die Betreuung auf diese Weise am einfachsten und schließlich wird ein Ueberschneiden durch die einzelnen Organisationen vermieden.

Die übrigen Hilfsbedürftigen werden von den zuständigen privaten karitativen Organisationen (Frauenvereine, Kirchengemeinden usw.) betreut.

Durchgeführt wird zunächst die **Pfundsammlung.**

In den Fällen, in denen die Gabe für die Pfundsammlung durch eine Anweisung auf einen Kaufmann gegeben wird, braucht nicht eine bestimmte Ware angegeben werden, sondern es genügt die Anweisung, für welchen Betrag der Kaufmann Ware der Notgemeinschaft überweisen soll. Die Abrufung erfolgt dann durch die Notgemeinschaft. Nähere Angaben über die Durchführung werden noch bekanntgegeben.

Neben der Pfundsammlung übernimmt die Notgemeinschaft die **Sammlung der zur Verfügung gestellten Schuhe,** mit Rücksicht darauf, daß hierbei sehr oft Instandsetzungen notwendig sind, die von privaten Stellen nicht vorgenommen werden können.

Da gerade in

Schuhen besondere Nachfrage

zu erwarten ist, richten wir an alle diejenigen, die Schuhwerk — auch reparaturbedürftiges — noch irgendwie zurückgestellt haben, die Bitte, es zur Verfügung zu stellen. Auch hier erfolgt die Bekanntgabe der Sammeltage demnächst.

Die Kleidersammlung,

die im vorigen Jahre auch durch die Notgemeinschaft vorgenommen wurde, bleibt in diesem Jahre den privaten karitativen Vereinen überlassen.

Die gesamte Organisation der Sammlung der Nothilfe geschieht durch das Städtische Verkehrsamt, das auch alle Auskünfte erteilt. — Dagegen erfolgt die **Verteilung,** soweit nicht die privaten Stellen infrage kommen, **ausschließlich durch die Notgemeinschaft.** Bei dieser sind auch die Anträge einzubringen.

Große Kriegsopferkundgebung

in Dortmund in der Westfalenhalle.

Nachdem die Verschmelzung der Landesverbände des Reichsverbandes Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener sowie des Zentralverbandes Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener zum: Landesverband Westfalen—Lippe des Reichsverbandes Deutscher Kriegsopfer vollzogen ist, soll der Kampf des Landesverbandes Westfalen—Lippe im Reichsverband Deutscher Kriegsopfer **durch eine gemeinsame Massenkundgebung der gesamten Kriegsopfer in Westfalen—Lippe:**

gegen Verelendung der Deutschen Kriegsopfer, für die Aufhebung der die Kriegsopfer so schwer getroffenen Notverordnung, am Sonntag, dem 25. September ds. Jhs., nachmittags 14 Uhr, eröffnet werden.

In dieser gewaltigen Kundgebung werden als Hauptreferenten sprechen: Lehmann-Berlin, der Sozialpolitische Leiter des neuen Reichsverbandes Deutscher Kriegsopfer, Wuttke-Berlin und Frau Alma Barth-Pirna, Sachsen.

Reichsregierung und Behörden, insbesondere aber der aus Westfalen stammende Reichskanzler von Papen, sind zu dieser Kundgebung eingeladen.

Außerdem haben bereits Reichstagsabgeordnete größerer Parteien verschiedener Richtungen zugesagt, zur Kriegsopferfrage dortselbst Stellung zu nehmen.

Diese Kundgebung wird, wenn, wie erwartet, sich Tausende von Kriegsopfern daran beteiligen, bestimmt den Anstoß zur erneuten Aufrollung der Kriegsopferfragen bilden.

Kameradinnen und Kameraden!

Die Zeit ist kurz, schnell handeln ist aber das Gebot der Stunde. Es liegt jetzt an Euch, Euer Schicksal zu schmieden! Darum:

marschiert geschlossen zur Westfalenhalle nach Dortmund! Niemand darf fehlen!

Auf zum Großkampftag — — — Dortmund!!!

Liste zum Einzeichnen liegt beim Kameraden Fromme, Markt 1, auf. Letzte Meldung bis Samstag 10 Uhr.

Aus dem Kreise Soest

Hattrop, 22. Sept. Einem Einwohner unseres Dorfes, der ein Achtellos in der Preußisch-Süddeutschen Klassenlotterie spielte, fiel ein Gewinn von 50 000 Mark zu. Die Freude des Spielers dürfte recht groß sein.

Borgeln, 21. Sept. **Bestandene Prüfung.** Am Technikum Lemgo in Lippe bestand Herr Karl Pieper, Borgeln, die Tiefbau-Ing.-Prüfung mit der Note „sehr gut"; Herr Heinrich Ranze, Einecker-vöhde bei Borgeln, die Maschinen-Ingenieurhauptprüfung mit „gut."

Ostönnen, 21. Sept. **Brieftauben-Vereins-Versammlung.** Der Brieftaubenverein „Auf zum Hellweg" Ostönnen, hielt am vergangenen Freitag abend im Vereinslokal Derkmann seine Monatsversammlung ab. Der Vorsitzende, Sportsfreund H. Brand, eröffnete dieselbe um 21,15 Uhr, hieß alle herzlich willkommen und dankte für restloses Erscheinen. Das vom Sportsfreund Heinr. Derkmann gegebene Essen bekam allen ausgezeichnet. Deshalb konnte es Sportsfreund Dietrich Heimann nicht unterlassen, in einer Ansprache im Namen des Vereins seinen Dank für das so gut und schmackhaft zubereitete Gericht entgegen zu bringen. Jetzt wurde die Tagesordnung schnell und sachlich erledigt. Das Protokoll der Versammlung vom 19. August 1932 verlas der Schriftführer Wilhelm Kehlbreier, welches die Versammlung einstimmig genehmigte. Ebenfalls überreichte er dem Sportsfreund Heinr. Brand, die für beste Leistung im Altfliegen 1931 errungene Ehren-Urkunde. Die drei weiteren Ehren-Urkunden, welche die Sportsfreunde Otto Vogel und Fritz Radtke bekommen, sollen in der nächsten Versammlung überreicht werden. Zu den zwei Kassenprüfern wählte die Versammlung Sportsfreund Otto Vogel und Wilh. Heimann. Die Herbst-Generalversammlung, welche das 7. Vereinsjahr abschließt, ist auf Samstag, den 29. Oktober 1932, festgesetzt. — Unter Punkt Verschiedenes stellte Sportsfreund Dietrich Heimann den Antrag, die Besprechung über die Vereins-Tauben-Ausstellung auf die nächste Tagesordnung zu setzen. Auch soll ein weiterer Antrag des Sportfreundes Georg Strelow der Reise-Vereinigung entgegen gebracht werden. Bei einem Faß Freibier verlebten die Mitglieder unter ihrem Symbol: „Der Taubensport, ein schöner Sport, doch jeder hat das große Wort!" noch einige gemütliche Stunden. Gut Flug!

Kaffee Hag – Preis den Zeiten angepaßt. 31% billiger als 1930. Dabei Qualität unverändert: die beste.

Aus dem Parteileben

Der „Bund deutscher Mädel" ladet alle Freunde und Gönner sowie die gesamte deutsche Jugend zu seinem am Sonntag, den 25. September, abends 8,15 Uhr (pünktlich) im Saale Westfälischer Hof (Wipker) stattfindenden „Bunten Abend" ein.

Einige frohe Stunden stehen bevor. Der Abend soll die Jugend einander näher bringen und wahre Volksgemeinschaft pflegen. Aber auch den Alten soll die Jugendzeit wieder wach gerufen werden durch Volkstänze und Volkslieder. Ein Einakter „Der Liebe Sieg" wird auch gefallen und zum Schluß wird ein munteres Stündchen die Paare im Kreise schwingen.

Der Eintrittspreis beträgt der Zeit entsprechend 50 Pfg., für Erwerbslose 20 Pfg. (gegen Ausweis).

Also auf am Sonntag nach „Wipker, Westfälischer Hof", Stiftstraße.

Deutschnationale Volkspartei.

Am Freitag, den 23. September, abends 8,15 Uhr, spricht bei Hermann Andernach, Osthofenstraße, Landesgeschäftsführer **v. Beckerath-Dortmund** in einer Mitgliederversammlung der D. N. V. P. über die politische Lage. Anschließend wird der Landesjugendführer **Rechtsanwalt Forschbach-Dortmund** über die **Organisation des Kampfringes** und seine Tätigkeit sprechen. Die Mitglieder und die Jugend werden auf beide Themen ganz besonders hingewiesen.

Oeffentliche Kundgebung!

In einer öffentlichen Kundgebung der National-Sozialistischen Beamtenarbeitsgemeinschaft und der National-Sozialistischen Betriebszellen-Organisation sprechen am Samstag abend 8,15 Uhr Oberstadtsekretär Karenke-Bochum und Betriebsrat Knaden-Essen, über sozialpolitische Tagesfragen, im Saale Witwe Wipker, Soest.

Der für Samstag abend vorgesehene Bunte Abend des Bundes Deutscher Mädel wird auf Sonntag abend verschoben und findet dann im gleichen Saale statt.

Turnen, Spiel und Sport

Handball.

Turnverein Borgeln — R. T. S. Soest 1:1.

Anläßlich der Turnhallenweihe des Turnvereins Borgeln weilte die 1. Elf des Reichsbahn-Turn- und Sportvereins bei dem Bezirkssieger Turnverein Borgeln und konnte diesem 1:1 abzwingen.

Das Spiel wurde flott und fair durchgeführt. — Trotzdem die Borgeler ein Vorteil im Spiel hatten, gelang es ihnen nicht, einen Sieg davonzutragen. Gegen die R. T. S.-Handballer bei ihren Meisterschaftsspielen, die am Sonntag, den 25. September beginnen, solchen Eifer an den Tag, so werden selbige manchen Verein in ihrer Klasse was zu schaffen machen.

Gut Heil!

Spielverein Schwefe — Ballspielverein Sassendorf 1:5

Am vergangenen Sonntag trug der Spielverein sein erstes Meisterschaftsspiel aus. Sassendorf gilt wohl für alle als schlimmster Gegner und so mußte auch Schwefe eine Niederlage von 5:1 in Kauf nehmen. 1b-Jugend Schwefe — 1b-Jgd. Sassendorf 0:3.

1. M. Hiddingsen — 1. M. Ampen 8:0 (2:0).

Am Sonntag standen sich obige Mannschaften auf dem Sportplatz Hiddingsen im Meisterschaftsspiel gegenüber. Obwohl die Ampener mit einer derartig hohen Niederlage nicht gerechnet hatten, mußten sie nun erkennen, daß sie den S. W. in keiner Weise gewachsen sind. In der ersten Halbzeit hatte sie noch leidlich viel Glück, da die S. W. das Spiel nicht sonderlich ernst nahmen. Doch in der zweiten Spielhälfte fielen sie vollends ab, sodaß das Spiel nur noch von den Schwarz-Weißen beherrscht wurde.

Die Hiddingser Mannschaft zeigte während des ganzen Spiels gute Zusammenarbeit. Spielt die Mannschaft auch in der Folge so weiter, dürfte der Erfolg nicht ausbleiben. Der Schiri, Herr Nordhaus, war dem Spiel ein gerechter Leiter.

2. M. Hiddingsen — 2. M. S. S. Soest 3:1 (1:1).

Die 2. Mannschaft zeigte sich ebenfalls von der besten Seite und schlug ihren stärksten Gegner verdient mit 3:1. Auch ihnen dürfte der Erfolg winken, wenn sie in guter Zusammenarbeit treu für ihre Fahne weiterstreiten.

Junioren Hiddingsen — Junioren RTus. Soest 1:1.

Die Junioren traten notgedrungen mit 10 Mann an. Da der Mittelläufer noch obendrein durch Verletzung ausscheiden mußte, blieb RTus. vor einer Niederlage bewahrt.

Sportvereinigung Welver — B. V. Scheidingen 4:1 (2:0).

Am vergangenen Sonntag trug Welver als Gast des Ballspielvereins Scheidingen das 1. Meisterschaftsspiel aus, welches die Welveraner dank der größeren Technik und Schnelligkeit sicher mit 4:1 für sich entscheiden konnten. Dem taktisch klugen Spiel der Welveraner (Welver hatte in kluger Voraussicht auf dem für einen Fußballkampf viel zu kleinen Gelände ihre Hintermannschaft verstärkt, um etwaigen Durchbrüchen der Scheidinger ein Hindernis entgegenzustellen, das nicht zu überwinden war), konnte Scheidingen nicht genügend Widerstand entgegensetzen und fielen sie ihrem eigenen in der ersten Halbzeit vorgelegtem Tempo zum Opfer. In der ersten Viertelstunde wurde Welver beängstigend zurückgedrängt, jedoch die in Hochform sich befindende Hintermannschaft war nicht zu schlagen und hielt mit Hilfe des Torwarts das Heiligtum rein. Nach und nach macht sich aber die bessere Mannschaft der Welveraner frei und in regelmäßigen Abständen fallen bis zur Halbzeit 3 Tore, wovon der Schiri das erste einwandfreie Tor nicht anerkannte. Kurz darauf ist Pause. Nach dem Wechsel versucht Scheidingen mit aller Macht das Resultat zu verbessern, was ihnen aber nicht gelingt, worauf sie eine unnötig harte Note ins Spiel legen. (Typischer Punktekampf). Welver befördert dann bis zum Schluß das Leder noch zweimal ins gegnerische Netz, während Scheidingen einen für sie gegebenen Elfmeter nicht verwandeln konnte, aber eine Viertelstunde vor Schluß durch ein klares Abseitstor zum Ehrentreffer kommen. — Die Tore für Welver traten Linksaußen, Mittelstürmer, Halbrechts und linker Läufer, für Scheidingen Rechtsaußen. Der Schiri hat schon bessere Spiele geleitet. Ball Heil!

Rotationsdruck und Verlag des „Soester Kreisblatt". (Geschwister Mayne). Verantwortlich für Politik: Herm. Mayne; für Lokales, Provinzielles, Sport u. den übrigen redaktionellen Teil: J. Müller; für den Anzeigenteil: Carl Mayne,

Das finanzielle Trümmerfeld der Landgemeinden

Forderungen des Landgemeindetages West — Stellungnahme zur Verwaltungsreform

Präsidium und Hauptvorstand des Preußischen Landgemeindetages West traten unter dem Vorsitz des Präsidenten Doetsch heute im Rathaus Köln zur Beratung brennender Gegenwartsfragen der westlichen Landgemeinden zusammen. In den Verhandlungen kam die trostlose Finanzlage und die quälende Sorge um die weitere Entwicklung zum beredten Ausdruck. Im Anschluß an ein von dem geschäftsführenden Präsidenten Dr. Göb, Berlin, gehaltenen umfassenden Vortrag über „Die Forderungen zur Beseitigung der Finanznot der westlichen Landgemeinden" wurde der nachstehenden Entschließung einstimmig zugestimmt:

„Die Lage zahlreicher westlicher Landgemeinden mit hohen Wohlfahrtsausgaben wird immer verzweifelter. Diese Landgemeinden werden, obwohl die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen in ihnen besonders groß und daher der Anspruch auf Hilfe des Reiches durchaus begründet ist, bei der Verteilung der Reichswohlfahrtshilfe überhaupt nicht berücksichtigt. Sie sind lediglich auf die geringen Mittel des preußischen Ausgleichsfonds angewiesen, die nicht ausreichen, um auch nur die dringendsten Notstände zu beseitigen. Dazu kommt, daß die Bestimmungen über die Herabsetzung der Unterstützungen zu einer weiteren Belastung vieler Gemeindeetats durch Zusatzunterstützungen geführt haben. Besondere Härten sind in den Landgemeinden mit gleicher Struktur und gleichen Teuerungsverhältnissen durch die Zugrundelegung der Klassifizierung der Einwohnerzahl und der Ortsklasseneinteilung bei der Festsetzung der Arbeitslosenunterstützung entstanden. Diese Vorschriften, durch welche zahlreiche Landgemeinden geradezu unter ein Ausnahmerecht gestellt werden, sind sofort zu beseitigen.

Die bisherige Entwicklung hat gezeigt, daß die jetzige Regelung in der Aufbringung der Wohlfahrtslasten auf dem Wege über das Dotationssystem unzulänglich u. unhaltbar ist. Eine durchgreifende Hilfe kann für die Gemeinden nur durch die vom Preußischen Landgemeindetag West unaufhörlich geforderte Zusammenfassung der gesamten Arbeitslosenhilfe in eine Reichsarbeitslosenfürsorge unter hinreichender Beteiligung von Reich und Ländern erreicht werden. Sollte die Reichsregierung sich zu dieser Maßnahme immer noch nicht entschließen, so muß bis zur Erreichung dieses Zieles eine Erhöhung der Reichswohlfahrtshilfe Platz greifen, mit der zwingenden Vorschrift, daß auch die kreisangehörigen Gemeinden entsprechend des von ihnen zu tragenden Fürsorgeaufwandes unmittelbar beteiligt werden.

Die Notwendigkeit der sofortigen Durchführung eines großzügigen Arbeitsbeschaffungsprogramms wird durchaus anerkannt. Der Preußische Landgemeindetag West weist jedoch darauf hin, daß die mit Wohlfahrtsausgaben besonders belasteten Landgemeinden nicht warten können, bis die Auswirkung der vorbereiteten Maßnahmen in die Erscheinung tritt. Der Winter steht vor der Tür. Die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen steigt von Monat zu Monat. Eine Kasse nach der anderen versiegt, eine Gemeinde nach der anderen, ein Amt nach dem anderen wird zahlungsunfähig und mittellos, die Gefahr von Unruhen wegen der Unmöglichkeit der Unterstützungszahlung wächst von Tag zu Tag.

Will die Reichsregierung diesen Zustand der Verzweiflung weitertreiben lassen, will sie das Chaos, oder will sie endlich den Ernst der Situation der Landgemeinden erkennen und ihnen durch direkte Zuweisung von Geldmitteln helfen?"

Der Beigeordnete des Verbandes Bürgermeister a. D. Richardt hielt ein umfassendes Referat über die Stellungnahme zur Reform der Selbstverwaltung, das seinen Niederschlag in den nachstehenden Leitsätzen fand:

1. Erhaltung und Stärkung der Landgemeinden ist unbedingt erforderlich, wenn die Grundlage des Gemeinsamkeitsempfindens, des ideellen Fundaments einer wahren Selbstverwaltung u. des Staatswesens erhalten bleiben soll.

2. Erhaltung und Schaffung **leistungsfähiger** Landgemeinden muß erfolgen, weil nur dann die finanzielle Basis zur Durchführung der Selbstverwaltungsaufgaben gegeben ist.

3. Durch ein neues **Gemeindesteuersystem** muß den Gemeinden die Ausgabendeckung der im Rahmen des Selbstverwaltung erfolgten Ausgabenbewilligung ermöglicht und dadurch mit Selbstverantwortung verbunden werden. Neben den Realsteuern und die indirekten Gemeindesteuern muß eine einem angemessenen Ertrag bringende Personalsteuer treten. Die Deckung zwangsläufiger auf gesetzlicher Verpflichtung beruhenden Ausgaben (Schulausgaben, Polizei, Wohlfahrt) muß zu einem angemessenen Teil durch Zuweisung aus einer zentralen Finanzmasse ermöglicht werden.

Die den Gemeinden zuzubilligende **abgeleitete Steuerhoheit** muß unantastbar sein und einen **Zugriff durch die Kreisinstanz ausschließen,** damit eine Aushöhlung der Finanzbasis der Gemeinde, die zwangsläufig zu einer Vernichtung des Eigenlebens und der Selbstverwaltung führen müßte, verhindert wird.

Der Kreis ist zur Finanzierung seiner Kreiskommunalverwaltung in erster Linie auf die Kreisumlage zu verweisen. Zwischen indirekten Kreissteuern und indirekten Gemeindesteuern ist ein scharfe Trennung durchzuführen mit der Maßgabe, daß die Steuerobjekte, die von dem Kreis bezw. der Gemeinde einer Steuer unterworfen werden dürfen, durch Gesetzgebung des Reichs oder des Staates genau abzugrenzen sind. Eine Beteiligung des Kreises an indirekten Steuern der Gemeinden muß ausgeschlossen sein. Bei der Abgrenzung der indirekten Kreissteuern und indirekten Gemeindesteuern ist in erster Linie der Grundsatz zu wahren, daß den Gemeinden die finanzielle Unabhängigkeit zur Durchführung ihrer eigenen Angelegenheiten gesichert werden muß.

4. Die Gemeinden müssen **Träger aller Aufgaben sein,** die sich aus dem Gemeinschaftsleben in der Gemeinde ergeben. Der in der Gesetzgebung der Nachkriegszeit vorgenommenen Zentralisation mancher Aufgaben muß durch **Dezentralisation** eine rückläufige Bewegung folgen. Auch müssen die **Gemeinden wieder Träger der Wohlfahrtsfürsorge** sein. Das schließt die Durchführung nach einheitlichen, der Aufsicht des Kreises unterliegenden Richtlinien u. auch die Deckung eines Teiles der Ausgaben durch Kreismittel u. durch einen auf dem Wege über die Kreisumlage vorzunehmenden Lastenausgleich nicht aus.

5. Die **Fürsorge für die Wohlfahrtserwerbslosen** ist durch Schaffung einer Reichsarbeitslosenfürsorge, die die jetzige Arbeitslosenfürsorge, Krisenfürsorge u. die Fürsorge für die Wohlfahrtserwerbslosen zu umfassen hat, auf das Reich zu übernehmen. Der Zuschuß der Gemeinden muß, da es sich bei der Fürsorge für die Wohlfahrtserwerbslosen um eine Angelegenheit des Reiches und nicht der Gemeinde handelt, auf einen geringen Betrag beschränkt bleiben. — Durch Verwaltungsvereinfachung — Uebertragung der Aufgaben auf die Gemeinden — muß das jetzige kostspielige überflüssige Nebeneinander verschiedener Behörden beseitigt werden.

6. Die Gemeinden müssen in der **Selbstverwaltung ihrer eigenen Angelegenheiten grundsätzlich unbehindert** sein. Der Kreis kann **Selbstverwaltungsangelegenheiten der Gemeinden** nur übernehmen, wenn sie über den Rahmen einer Gemeinde und auch über den Rahmen eines Amtes hinausgehen und keine zweckmäßige Lösung durch Bildung eines Zweckverbandes getroffen werden kann. Es müssen in jedem Falle die weiteren, im Paragraph 43 des Einführungsgesetzes zu dem Gesetz über die kommunale Neugliederung des rheinisch-westfälischen Industriegebiets vom 29. Juli 1929 die Kompetenz-Kompetenz begründeten Umstände vorliegen. Die sich in der neueren Gesetzgebung bemerkbar machenden Tendenzen, den Kreis als untersten Hauptträger der kommunalen Selbstverwaltung auszugestalten, sind unter allen Umständen, weil sie die Vernichtung jeglicher wahren, lebensgebundenen u. innerlich begründeten Selbstverwaltung zur Folge haben würden, abzulehnen.

7. Die Förderung der im Amt zusammengeschlossenen Landgemeinden setzt die Bildung **leistungsfähiger Aemter** voraus. Durch **Zusammenlegung** gegebenenfalls auch Aufteilung, insbesondere kleiner Aemter unter selbstverständlicher Beachtung verkehrs- und wirtschaftspolitischer Beziehungen, müssen **leistungsfähige** Aemter geschaffen werden. Aus finanziellen Gründen ist gemischt wirtschaftlichen Aemtern der Vorzug zu geben.""



„Sie sind wie ausgewechselt,

Fräulein Schulz, vergnügt und frisch sehen Sie aus." —

„Gnädige Frau, Sie wissen doch, daß ich so schrecklich unter Hämorrhoiden zu leiden hatte. Die Aerztin hat mir ein Mittel dagegen verordnet. Seit einiger Zeit verwende ich es gewissenhaft, Posterisan, Salbe und Zäpfchen, morgens und abends. All die unangenehmen Beschwerden und Schmerzen, unter denen ich gelitten habe, sind verschwunden. Ich bin ja so glücklich." —

Die Tube Salbe kostet in jeder Apotheke RM. 1.59, die Packung Zäpfchen RM. 2.37.

Eine sonderbare Hühnerversteigerung

Was einem Landwirt in Hannover passierte.

Hannover, 21. Sept. In welcher oft geradezu unverständlichen Weise heutzutage bei der Eintreibung von Steuerschulden vorgegangen wird, geht aus der Abrechnung eines Vollziehungsbeamten hervor, der, wie der Hannoversche Landbund mitteilt, für den Landrat eines Kreises der Provinz Hannover in diesem Jahr eine Steuerschuld von 6,80 Mark einzutreiben hatte. Die Abrechnung lautet:

An Herrn Landrat . . . . . .

mit 9 Anlagen ergebenst überreicht.
Die öffentliche Versteigerung der sieben

Hühner des P. P. erbrachte	6,70	Mark
P. P. hat zu zahlen für: Steuerschuld	6,80	„
für Pfändungsgebühr auf den Pfändungsbefehl vom 29. April 1932	0,80	„
für Annoncen u. Versteigerungsgebühren in	2,20	„
für Abholen der gepfändeten 7 Hühner	4,—	„
für Annoncen u. Versteigerungsgebühren in . . . . . (nochmals)	2,60	„
	16,40	„
abzüglich des Gesamterlöses	6,70	„
Restschuld bleibt	**9,70**	„

Die Steuerschuld belief sich auf 6,80 Mark, die versteigerten Hühner erbrachten 6,70 Mark. Mit diesem Betrage hätte also die Steuerschuld des Pflichtigen abgedeckt werden können. Nun kommt aber der Verwaltungsapparat, der für die Durchführung der Zwangsversteigerung noch rund 30 Prozent mehr beansprucht, als der Erlös der versteigerten Hühner ausmacht. Der Steuerschuldner aber ist nach der Versteigerung nicht nur seine sieben Hühner los, sondern er hat außerdem noch eine Schuld, die höher ist, als die ursprüngliche.

Jagd nach Menschen

ROMAN VON HANNS HEIDSIECK

URHEBERRECHTSSCHUTZ: ROMAN-VERLAG HERMANN WEBER BERLIN SO 36

(58. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Wollen Sie ihn etwa ermorden —?" fragte Christa in spöttischem Scherz.

„Nein — o nein — er hat noch eine Aufgabe, ihm schließt sich jetzt erst die Welt auf, — während meine Sonne nun untergeht und ich in ewige Nacht versinke. Was nützt mir mein Leben, noch mein Vermögen, meine Gesundheit? Ich werfe es ab, wie einen lästigen Rock, der mir zu eng geworden ist." — —

Er schwieg. Christa erschauerte innerlich. Auch sein starrer Blick, der sich an einer Stuhllehne festgefressen zu haben schien, flößte ihr Angst ein. Blitzartig kam es ihr zum Bewußtsein, daß dieser Mann seine Liebe zu ihr bitter ernst nahm — — daß mit der Hoffnungslosigkeit sein ganzes Leben zusammenbrach. Von diesem Augenblick an hatte sie Mitleid mit ihm, ihre Einstellung wurde plötzlich eine ganz andere. In freundlichem, beruhigendem Tone sagte sie: „Aber lieber Graf, — Sie sind doch noch verhältnismäßig jung, und es gibt so viele hübsche, elegante und geistvolle Frauen, die Ihnen gewiß auch das Leben zum Paradiese machen können — trüben Sie nicht Ihren Blick, indem Sie sich nun ausgerechnet in mich verbeißen. Oeffnen Sie Ihre Augen, schauen Sie um sich!"

Er ging gar nicht auf ihre Ausführungen ein.

„Wollen Sie meine Bedingung erfüllen?" fragte er, mit den Fingern auf der Tischplatte trommelnd.

Ihr war, als stehe sie plötzlich unter einem Banne. Irgend etwas Unheimliches umschwebte sie.

„Ich kann es nicht!" sagte sie langsam, mit verlorener Stimme.

„Sie brauchen nur eine Vermutung von mir bestätigen."

„Eine Vermutung?"

„Ja. Ihr Herz hat für Herrn Doktor Honsbruck entschieden!"

Christa zuckte zusammen. Sie wurde über und über rot.

„Nein — was denken Sie!" rief sie aus, „wie kommen Sie darauf?"

Um seine Mundwinkel spielte ein ganz feines, aber starres, seelenloses Lächeln. Sie hatte ihren Blick zu Boden gesenkt. In ihrem Innern war alles in Aufruhr — — als sei ihr selber durch dieses Zwiegespräch erst ein Schleier von den Augen gerissen.

Sie sollte — — Honsbruck — — lieben? Aber sie hatte doch lediglich Mitleid mit dem vom Schicksal Verfolgten. Wie konnte der Graf gleich behaupten —? War das nicht eine Frechheit! Und nun dieses impertinente Grinsen.

„Warum leugnen Sie?" fragte er zynisch kalt. „Sind Sie sich über Ihre Gefühle vielleicht selbst noch nicht klar geworden —?"

Trieb er die Unverschämtheit nicht auf die Spitze? Jetzt wurde sie zornig.

„Wer gibt Ihnen das Recht, so mit mir zu sprechen?" fragte sie. Ich möchte Sie bitten, mich mit Ihren Fragen nicht mehr zu belästigen!"

Er verzog keine Miene.

„Es ist aber sehr wichtig — ich muß es wissen," entgegnete er, ihr fest in die Augen schauend.

Sie hielt seinen Blick nicht aus. Plötzlich kam wieder der Bann über sie, gegen den sie sich auflehnen wollte, von dem sie sich aber nicht ganz loslösen konnte. Sie erwiderte, eigentlich habe sie nur so obenhin behauptet, daß ihr Herz schon vergeben sei.

„Aber im Augenblick ist es Ihnen klar geworden," fiel er ein, „daß es sich in Wirklichkeit so verhält. Sie werden ferner zugeben müssen, daß ich mich in Bezug auf die Person nicht täusche!" — — —

Ihr Gespräch wurde durch das Hinzutreten Honsbrucks abgebrochen.

Mit kurzem Gruß zog sich der Graf zurück.

*

Honsbruck führte Christa zum Saale. Er verhielt sich dabei merkwürdig still. Seine Gedanken schienen etwas zu verarbeiten. Auch Christa war zum Sprechen nicht aufgelegt. Sie kam ihm ebenfalls außerordentlich nachdenklich vor. Außerdem glaubte er, eine gewisse Ve[illegible]t an ihr wahrgenommen zu haben, als er gekomme[illegible]. Sonderbar kam ihm ferner das Verhalten des Graf[illegible]vor, der einfach so plötzlich ging, was sonst nicht in seiner Gewohnheit lag.

Es war, als sei etwas Unerforschliches zwischen ihn und Christa getreten. Sonderbar, daß sie mit keinem Worte ihres Zusammenseins mit dem Grafen Erwähnung tat!

Man nahm an kleinem Tische zusammen Platz. Beide wechselten einige konventionelle Phrasen über die hübsche Ausschmückung des Saales.

Alle Gäste waren in großer Toilette erschienen. Auch Christa trug ein fürstliches Abendkleid mit weitem, freiem Rückenausschnitt, wie es eben modern war.

Die Musik setzte mit einem Jazz ein, aber die Beteiligung am Tanze blieb vorerst noch sehr gering.

Christa bestellte zum Abendessen sofort eine Flasche Sekt. Sie schien sich in einer ganz sonderbaren Stimmung zu befinden. Plötzlich erhob sie ihr Glas, stieß mit Honsbruck an und sagte:

„Auf das, was wir lieben, Herr Doktor!"

Sie trank das Glas mit einem Zuge aus. Honsbruck hatte ihr mechanisch Bescheid getan, nickte ihr aber nur zu und vermochte sich von ihrer augenblicklichen Stimmung kein Bild zu machen.

Ein Herr kam auf den Tisch zu und verbeugte sich. Er stellte sich als Caspar Holliger vor — — er habe einmal flüchtig mit Christa über eine Filmsache verhandelt — sie werde sich freilich kaum entsinnen — — ob er sie zu einem Tanze auffordern dürfe?

Christa lehnte höflich dankend ab.

„Aber tanzen Sie doch!" sagte Honsbruck.

„Ich habe Ihnen ja gesagt, daß ich heute nicht tanze!" erwiderte Christa. Der Kellner kam und schenkte ihr Sektglas von neuem voll. Honsbruck hatte noch kaum getrunken.

Lange saßen sie schweigend nebeneinander, die tanzenden Paare beobachtend.

(Fortsetzung folgt.)

Turnen - Sport - Spiel

Zum 10. Male Deutschland gegen Schweden

Am kommenden Sonntag, 25. September, wird in Nürnberg Deutschland zu seinem internationalen Fußballstart für die Saison 1932-33 gegen Schwedens Ländermannschaft ansetzen. Mit diesem Antritt verbinden sich die festen und auch zum Teil recht labilen Hoffnungen, daß es dem Deutschen Fußballbund diesmal etwas besser ergehen möge als in den verflossenen Spielen und daß uns die Spiele des kommenden Fußballiahreskreises durch gute Resultate unsere alte Fußballstellung im internationalen Sport wiederbringen.

Nicht allein dieser Wunsch wird gegen Schweden der große Ehrgeizmotor sein — gegen die Schweden selbst haben wir noch allerhand Boden gutzumachen, denn von den bisherigen neun Begegnungen gewannen wir nur zwei, zwei endeten unentschieden, während fünfmal Schweden vorn zu sehen war. Wir spielten:

1911:	**4:2 gewonnen in Stockholm**
1911:	**1:3 verloren in Hamburg**
1923:	**1:2 verloren in Stockholm**
1924:	**1:4 verloren in Berlin**
1925:	**0:1 verloren in Stockholm**
1926:	**3:3 unentschieden in Nürnberg**
1928:	**0:2 verloren in Stockholm**
1929:	**3:0 gewonnen in Köln**
1931:	**0:0 unentschieden in Stockholm**

Nach einem Sieg im Jahre 1911, im „Mittelalter" des deutschen Fußballs, war uns also nur durch drei grandiose Schüsse des „König Richard" in Köln im Jahre 1929 vor einer Rekordzuschauermenge ein Sieg gegönnt. Damals zeigten wir auf dem Kölner Rasen den Schweden unser Fußballkönnen einmal wuchtvoll — aber wäre nicht Hofmann gewesen dem der kleine Wiener Braun drei weitere Prachttore abpfiff), so wäre wahrscheinlich, trotz der spielerischen Ueberlegenheit, nur ein 0:0 herausgesprungen. Der Schweden-Stil liegt uns nicht. Noch auf der „Plus-minus-Null-Reise" des DFB. der Wikingerfahrt im Jahre 1931, wurde das durch ein 0:0 bestätigt. Nun heißt es, einmal einen guten Anlauf zu nehmen.

Dabei ist diese Länderbegegnung gegen Schweden durchaus nicht der schwierigste Länderkampf, der uns in den kommenden Monaten bevorsteht. Ungarn, Italien, Frankreich und gar Oesterreich sind bei weitem schwerere Kontrahenten, so daß wir, wenn unsere Spieler und mit ihnen der DFB-Spielausschuß nicht vollends die Nerven verlieren wollen, schon ein recht eindeutiges Siegresultat auf dem Feld des herrlichen Nürnberger Stadions herausarbeiten müssen. Otto Nerz hat denn auch zusammen mit dem Rat der zuletzt so unglücklichen Fußballverantwortlichen eine Mannschaft auf die Beine gebracht, die restlos, wenn man sich nicht auf kleinliche Einzelheiten einlassen will, das Vertrauen der deutschen Fußball-Oeffentlichkeit verdient. Man kann also hoffen, daß dieses Spiel, das im Rahmen der Gustav-Adolf-Feier steigt, uns einige Minderwertigkeitskomplexe vertreiben wird.

Wie sie aufmarschieren:

Deutschland:

Jacob
Haringer Stubb
Knöpfle Leinberger Oehm
Bergmaier Krumm Rohr R. Hofmann Kobierski

Svensson Kempe Lundahl E. Persson J. Nilson
E. Andersson V. Carlund H. Sjögren
E. Lager Johnsson

Schweden: Jonasson

Die deutsche Elf

Außer dem Sachsen Hofmann und dem Düsseldorfer Kobierski stellt also der Süden die Elf, die Deutschlands Fußballaufstieg nun ankurbeln soll. Der lange Regensburger Jacob wird „Bubi"-Kreß, den geschwärzten und verirrten Sohn der Goethe-Stadt, kaum vermissen lassen. Jacob hat sich international schon so gut ausgezeichnet, daß man sich auf ihn verlassen kann. Man sollte auch meinen, daß er in diesem Spiel wohl kaum den stärksten Belastungsproben ausgesetzt ist. Wohl aber wird er sich vor den harten Langschüssen der Schweden, die immer unverhofft losschwirren, in acht nehmen müssen. Haringer-Stubb, das ist bestimmt so gut wie Schütz-Stubb. Schütz ist heuer nicht so auf dem Posten, dafür aber gilt Haringer als das Bollwerk der Münchener Meistermannschaft, der als Allround-Spieler auch international gegen Everton schon seine Qualitäten gezeigt hat. Stubbs Können ist anerkannt, sein rasantes Startvermögen dürfte ihm gegen die schnellen Schweden sehr vorteilhaft sein. Zu Mißverständnissen dürfte es kaum in der Abwehr kommen. Diese Hintermannschaft ist also gut und zu ihr paßt auch unsere Läuferreihe mit dem arbeitsamen Knöpfle, dem beständigen Leinberger und dem talentvollen, ehrgeizigen Oehm. Leinberger hat zwar leider nicht die Führerqualitäten eines Hans Kalb, um dessen Körpergewicht es wirklich schade ist, er versteht aber zu kämpfen. Die drei Mittelspieler sollten den rechten Einklang zwischen Abwehr und Aufbau finden, so daß also die letzte Entscheidung unserem Sturm überlassen bliebe. Auf eine problematische Aufstellung hat man verzichtet. Rechte Flanke Bayern München, dann R. Hofmann-Kobierski. Es scheint, daß Krumm und Rohr von ihren Verletzungen wieder völlig hergestellt sind, so daß ohne jedes Risiko diese Spieler genannt werden können. Am letzten Sonntag haben die Bayern-Stürmer gegen 1860 München zwar nicht sehr geglänzt, denn außer einem 30-Meter-Schuß Bergmaiers, den der von der Sonne geblendete Ertl durchließ, gelang nichts — Rohr verschoß sogar einen Elfmeter. Man sollte aber annehmen, daß die Bayern gegen die Schweden, die nicht so genau wie die ortsansässigen 60er alle Schliche des Sturmes kennen, sich schon durchsetzen werden. Schließlich ist auch noch Richard Hofmann dabei, dem man ein gutes Teil Aufmerksamkeit schenken muß, wodurch Rohr in bessere Schußpositionen kommen kann. Kobierski wird mit Hofmann [illegible]

(Schluß folgt.)

Die Schweden

Wenn man auch den Schweden zugestehen muß, daß sie immer mit einer seltenen Hingabe zu kämpfen verstehen, so dürften sie dieser Mannschaft spielerisch bestimmt unterlegen sein. Ihre Elf ist recht stark und mit Sorgfalt aufgestellt worden. Jonasson ist bestimmt zurzeit der beste Hüter des Landes und die Verteidiger Johnsson und Erik Lager dürften auch nach altbewährtem Muster ihren Mann stellen. Warum man auf Otto Andersson verzichtet hat, ist nicht bekannt. Auch die Läuferreihe scheint uns in der Abwehr stark zu sein, im Aufbau dürfte Ernst Andersson wohl die beste Arbeit zeigen. Im Sturm sehen wir in den Internationalen Nilsson (16mal) und Lundahl (11mal) wohl die gefährlichsten Vertreter. Persson, der außergewaltige Halbrechte, war fünfmal international, während Kempe gegen Deutschland ausprobiert wird. Für den ältesten Internationalen der Schweden, den Linksaußen Knut Kroon, hat man jetzt Svensson genommen, der aber ebenfalls große Qualitäten hat. Das Spiel steht unter der Leitung des hierzulande wenig bekannten Italieners Barlassina. Wir hoffen, daß die deutsche Mannschaft das System gegen Schweden finden wird, das sie bisher in den neun Kämpfen nur zweimal gefunden und sonst immer gesucht hat.

Münchens Städteelf für Berlin

Zu dem traditionellen Städtespiel Berlin gegen München, das am 25. September in der bayrischen Hauptstadt ausgetragen wird, haben die Münchener jetzt folgende Spieler zur Vertretung ihrer Stadtfarben beauftragt:

Ertl (München 60), Falkeis (Teutonia), Wendl (München 60), Strobl (Wacker München), Goldbrunner, Heidkamp (beide Bayern München), Welker (Bayern München), Lachner, Schäfer (beide München 60), Schmid (Bayern München), Rausch (Teutonia München).

Die Termine zur DFB.-Meisterschaft

Folgende Termine sind für die nächstjährigen Spiele in der Meisterschaft des Deutschen Fußballbundes bestimmt worden:

Vorrunde:	7. Mai 1933
1. Zwischenrunde:	21. Mai 1933
2. Zwischenrunde:	28. Mai 1933
Endspiel:	11. Juni 1933

Motorsport

Glänzendes Nennungs-Ergebnis zum Hohensyburg-Rennen

Die deutschen Motorrad-Straßenmeister 1932 fast restlos am Start

Nach dem anfänglich etwas spärlichen Nennungs-Ergebnis haben sich kurz vor dem Nennungs-Schluß die Meldungen derart gehäuft, daß der Veranstalter, der Gau 5 Westfalen-Lippe des Allgemeinen Deutschen Automobil-Clubs e. V., sich leider gezwungen sah, eine beträchtliche Zahl von Nennungen abzulehnen. Die endgültige Starterliste umfaßt insgesamt dennoch 124 Fahrer, worunter sich allein 65 Lizenzfahrer (Senioren) befinden. Für die besondere Zugkraft des Hohensyburg-Rennens bürgt die Tatsache, daß außer einer großen Anzahl der prominentesten deutschen Fahrer bis auf eine Ausnahme sich sämtliche deutschen Motorrad-Straßenmeister 1932 dem Starter stellen. Der Hohensyburg-Ring erlebt damit eine qualitative Besetzung, wie sie noch in keinem Jahre zu verzeichnen war.

Deutsche Turnerschaft

Meisterschaften der Geräteturner verlegt

Die deutschen Meisterschaften der Geräteturner, die ursprünglich am 5. und 6. November in Berlin zur Durchführung gelangen sollten, sind jetzt wegen der Reichstagswahlen verlegt worden und kommen nunmehr im Februar 1933 zum Austrag. Eine Verschiebung um kurze Zeit war nicht möglich, da diese Veranstaltung dann mit anderen Festen kollidieren würde.

Pferdesport

Rennen zu Horst-Emscher

1. Preis vom Rosenhügel: 1. H. Schweitzers Eile (Wenzel), 2. Schwertknauf, 3. Postfräulein, 4. Gräfin Mariza. Toto: Sieg 97, Pl. 36, 38, 21, 42:10.

2. Preis der Rüstkammer: 1. J. Janßens Gebt Feuer (Schramm), 2. Ordensbanner, 3. Gassenjunge. Toto: Sieg 29, Platz 13, 15, 16:10.

3. Rotgold-Jagdrennen: 1. A. Winklers Wendula (Neumann), 2. Agilis, 3. Nervi, 4. G. N. Toto: Sieg 164, Platz 33, 26, 32, 20:10.

4. Gruga-Preis: 1. P. Schneiders Audi (Zimmermann), 2. Menelik, 3. Rudolf. Toto: Sieg 20, Platz 12, 13, 16:10.

5. Preis vom Steinernen Schatz: Frau H. Marquardts Selim (Zimmermann), 2. Gralskönig, 3. im toten Rennen: Geranium und Maisant. Toto: Sieg 116, Platz 33, 45, 38, 21:10.

6. Preis vom Vogelsang: 1. J. Coßmanns Hitomi (Höllein), 2. Danklied, 3. Medinus, 4. Pfennigkommschnell. Toto: Sieg 29, Platz 17, 34, 34, 38:10.

7. Weidwall-Hürdenrennen: 1. Hechingers Ere mit (Uhl), 2. Hunding, 3. Wallia. Toto: Sieg 96, Platz 21, 17, 16:10.

Handel und Wirtschaft

Bericht über die Essener Effektenbörse

Ruhiger. — Etwas erholt

Essen, 21. Sept. Die heutige Essener Börse eröffnete gegenüber dem gestrigen Schluß eine Kleinigkeit erholt. Von Schwankungswerten waren Wintershall zu 1% niedrigeren Kursen im Verkehr. Im Verlauf trat bei ruhigem Geschäft eine Abschwächung ein, die bei Montanwerten Verluste bis zu 1½% zur Folge hatte. Auf dem Kohlenkuxenmarkt gingen Diergardt im Kurse 50 RM. zurück. Deutschland waren bei etwas Nachfrage gebessert. In Kohlenaktien vollzogen sich Umsätze in Bergbau Lothringen, Dahlbusch, Niederrheinische Berg zu unveränderten Kursen. Am Braunkohlenmarkt zogen Vesta 75 RM. an, Bruckdorf-Nietleben lagen bei kleinem Geschäft auf gestriger Basis behauptet. Auf dem Kalikuxenmarkt gewannen Braunschweig-Lüneburg 100 RM., Habighorst waren zu letzten Preisen im Verkehr. Von Kaliaktien gingen Burbach zu schwächeren Kursen um, Hallesche Salz verloren ebenfalls 2%. Von den übrigen Aktien wurden Kabel Rheydt unverändert gehandelt. Bei den unnotierten Werten waren holländische Goedhardt zu letzten Preisen im Verkehr.

Kölner Börsenbericht

Nicht unfreundlich

Köln, 21. Sept. Die Geschäftstätigkeit an der heutigen Kölner Börse nahm kein größeres Ausmaß an. Die Grundstimmung war aber nicht unfreundlich. In Montanwerten war das Geschäft etwas lebhafter und hier gingen Deutsche Erdöl, Mannesmann unverändert, Gelsenkirchen ½% höher und Hösch-Köln-Neuessen zu 36⅜ um. Harpener und Phönix waren um etwa ⅞% gebessert. Farbenaktien waren zu 100 im Verkehr. Am Elektromarkt kam eine Erstnotiz nicht zustande. Schuckert wurden 1½% und Felten ⅞% höher genannt, während Siemens knapp behauptet waren. Reichsbankanteile plus ¾%. Im Verlaufe bewegte sich das Geschäft weiter in ruhigen Bahnen. Die Spekulation zeigte Abgaben, sodaß Verluste gegenüber Anfang bis zu 2% eintraten. Der Einheitsmarkt verlief ebenfalls ruhig. Versicherungen ruhig. Pfandbriefe konnten sich bis zu ¾% befestigen. Die Märkte

Märkte

Berliner Metall-Notierungen

Berlin, 21. Sept. (Amtlich.) RM. für 100 Kilogr. Elektrolytkupfer (wirebars), prompt, cif Hamburg, Bremen oder Rotterdam 56,50; Original-Hütten-Aluminium, 98—99%, in Blöcken 100; desgleichen in Walz- oder Drahtbarren 164; Reinnickel, 98—99% 350; Antimon-Regulus 37—39. — Silber in Barren ca. 1000 fein per Kilogr. 33,25 bis 41,50 RM.

Berliner Produktenmarktbericht

Bei ruhigem Geschäft uneinheitlich

Berlin, 21. Sept. Das Geschäft an der Produktenbörse hat keine Belebung erfahren, die Preisgestaltung war heute auf den verschiedenen Marktgebieten nicht ganz einheitlich. Bei Weizen machte sich nach den Rückgängen der letzten Tage eine stetigere Tendenz geltend; das Angebot aus der ersten Hand bleibt mäßig, andererseits hält sich die Nachfrage auch in engen Grenzen, besonders Abschlüsse zur Umladung nach Westdeutschland kommen nur wenig zustande. Die Preise für Weizenexportscheine bewegen sich weiter um etwa 140 RM., sodaß das Exportgeschäft keine Anregung erfahren hat. Am Promptmarkt war das Preisniveau kaum verändert, im Lieferungsgeschäft war Märzweizen gut behauptet: Roggen konnte dagegen die gestern im Börsenverlauf erzielten Gewinne nicht halten, im Zeithandel traten vielmehr Abschläge um ½ bis 1 RM. ein. Am Promptmarkt haben sich die Angebotsverhältnisse kaum verändert. Kahnware ist schwer abzusetzen, dagegen dürfte Waggonmaterial bei den Entlastungskäufen der staatlichen Gesellschaft Unterkunft finden. Weizen- und Roggenmehle haben kleinstes Bedarfsgeschäft bei unveränderten Mühlenforderungen. Hafer ist ausreichend offeriert, an der Küste übersteigt das Angebot die Nachfrage. Gerste hatte unveränderte Marktlage: Forderungen und Gebote sind schwer in Einklang zu bringen.

Notierungen der Bremer Baumwollterminbörse

Preis per lbs. in U.S.-Dollarcents*)

Bremen, 21. Sept. (Amtlich.) Januar: Brief 797, Geld 795, bezahlt 797, Abrechnungskurse 797. März: Brief 807, Geld 806, bezahlt 807, 806, Abrechnungskurse 807. Mai: Brief 816, Geld 815, Abrechnungskurse 816. Juli: Brief 825, Geld 823, bezahlt 825, Abrechnungskurse 825. Oktober: Brief 789, Geld —, bezahlt —, Abrechnungskurse 786. Dezember: Brief 795, Geld 789, bezahlt —, Abrechnungskurse 792. September: Abrechnungskurse 786. Tendenz: stetig.

*) Bemerkung: Nordamerikanische Baumwolle. Basis middling, nichts unter low middling der offiziellen Standards der Ver. Staaten von Nordamerika (Universal Standards). — Gehandelt wird in Losen zu 25 000 amerik. Pfund = 11 337½ Kilogr. netto, in ca. 50 Ballen.

Liverpooler Baumwollkurse

Americ. Universal. Stand Middl.

Liverpool, 21. Sept. Schluß. Januar 557, Februar 554, März 556, April 557, Mai 559, Juni 560, Juli 561, August 562, September 553, Oktober 553, November 551, Dezember 551, September 1933 562, Oktober 1933 563, Januar 1934 566, März 1934 569, Mai 1934 571, Loco 567. Tendenz: stetig.

Amtliche Berliner Devisenkurse

	21. September		20. September		V. den
	Geld	Brief	Geld	Brief	Krieg
London	14.595	14.635	14.615	14.670	20.4
New York	4.209	4.217	4.209	4.217	4.2
Amsterdam	169.23	169.57	169.23	169.57	168.0
Brüssel	58.31	58.43	58.31	58.43	81.0
Italien	21.61	21.65	21.61	21.65	81.0
Jugoslaw.	6.344	6.356	6.344	6.356	181.0
Kopenhag.	75.67	75.83	75.72	75.88	12.5
Paris	16.49	16.53	16.49	16.53	81.0
Prag	12.465	12.485	12.465	12.485	55.5
Schweiz	81.13	81.29	81.15	81.31	81.0
Wien	51.95	52.05	51.95	52.05	70.5

Berliner Börsenkurse vom 21. Sept. 1932

	Div.	21. 9.	20. 9.
Anleihen:			
D. R.-Anl. 27		68.—	69½
Banken:			
Berg.-Märk. Ind.	—	—.—	—.—
Com.- u. Priv.-Bk.	—	55½	55½
Darmst. u. Nat.-Bk.	8	—.—	—.—
Dtsch. Bk. u. Diskt.	6	75⅜	75⅞
Dresdner Bank	—	62⅝	63.—
Reichsbank	12	129½	129⅞
Rh.-Westf. Bod.-Cred.	12	68.—	66½
Verkehrswerte:			
Reichsbahn V.-A.	3½	82⅜	82½
Hapag	6	18⅞	19.—
Nordd. Lloyd	6	19¾	19¼
Brauereien:			
Dortm. Aktien	10	125½	127.—
Dortm. Ritter	10	89½	89.—
Dortm. Union	12	165.—	162½
Müser	—	—.—	—.—
Schlegel Scharp.	5	—.—	—.—
Wicküler-Küpper	8	—.—	—.—
Sonstige:			
Aku	—	53½	54⅜
A. E. G.	—	33⅞	34⅛
Bemberg I. P.	—	65⅜	64⅛
Chem. Ind. Gelsenk.	5	58 —	56.—
Cont. Cautsch.	8	104.—	104⅜
Daimler Mot.	—	19.—	19⅜
Dtsch. Erdöl	5	75⅜	76⅛
El. Licht u. Kraft	6	85⅞	85⅛
Eschw. Bergw.	14	—.—	—.—
IG Farbenind.	12	99.—	100.—
Felten-Guilleaume	6⅛	58½	59½
Friedrichshütte	6	—.—	—.—
Gebhard u. Co.	—	—.—	—.—
Gelsenk. Bergw.	6	41⅜	41⅜
Ges. f. el. Unt.	9	73⅜	74 —
Goedh. Gebr. Goldschmidt	12	—.—	70.—
Hammersen	—	28⅞	29½
Harpener Berg.	—	53.—	51 ex.
Hoesch Eisen-Köln-Neuessen	—	74¾	75.—
Kali Aschersleben	10	36⅝	37.—
Karstadt Rud.	10	106.—	107¾
Klöcknerw.	—	—.—	—.—
Köln Gas u. Elek.	3	35⅛	35⅛
W. Krefft	—	41½	—.—
Kromschröder G.	—	—.—	24.—
Kronprinz Metall	7	—.—	67.—
Küppersbusch	—	18.—	17½
Mannesm.-Röhren	6	55.—	—.—
Mansfeld	6	54⅞	55⅛
Maschb.-Untern.	—	22⅛	22¾
Mülh. Bergw.	7	36⅞	36½
Phönix Bergw.	4⅜	—.—	—.—
Rhein. Braunk.	10	25⅝	25⅛
Rh. Elektrizität	9	177.—	176½
Rhein-Möbelstoff	—	72¼	73¼
Rhein-Spiegel	6	11⅝	11¾
Rhein-Stahl	6	52¼	52.—
Rh.-Westf. Elektr.	5	66⅜	67½
Rhein-West Kalk	—	80¼	81.—
Rhein-Westf. Spr.	4,8	—.—	—.—
Roddergrube	15	—.—	—.—
Salzdetfurth	15	174.—	175.—
Schött. Herm.	—	—.—	—.—
Schwelm-Eisen	4	+	+
Siemens u. Halske	14	135⅛	136.—
Stollb. Zinkh.	—	—.—	—.—
Stollwerk	—	41.—	41⅜
Tietz	8	45½	47.—
Ver. D. Nickel	4	70¼	70½
Ver. Glanzst. Elbf.	—	75.—	75½
Ver. Stahlw.	—	19⅞	20½
Warstein Gruben	—	36⅜	32¼
Wasserw. Gelsenk.	9	99½	—.—
Westeregeln	10	111½	113—
Westf. Draht Hamm	5	—.—	—.—
Wittener Guß	—	—.—	—.—
Westfälische Landesbankanl.			
6% Prov. Feing. 25		—.—	—.—
6% dto. 26		—.—	—.—
6% Komm. Obl. 28/29 2—3		—.—	—.—
6% dto. 30 R. 4		—.—	—.—
6% Goldpfdbr. R. 1		—.—	65.—
6% Westf. Pfandbriefanst. Hausgrundstücke		—.—	—.—
6% dto. Goldpfandbriefe		—.—	—.—
Westf. Provinzialanleihe-Auslosg.		51⅜	51⅛
Festverzinsliche Werte			
6% Preuß. Ld.-Br. anstalt R. 19		71.—	71.—
6% dto. 4		70¼	70⅜
6% dto. 13/15		70.—	70¼
6% dto. 17/18		70⅛	70.—
6% dto. 21		70⅛	70.—
6% dto. Komm. 20		62.—	62.—
dto. 16		61.—	62.—
dto. 6		62½	63⅛
dto. 8		—.—	—.—
6% Pr. Centr.-Bod. u. Pfdbr. Em. 1		71½	71¾
6% dto. Komm. Obl.		59¼	59.—

(—.—) bedeutet: ohne Umsatz und Notierung

Vogelzug und Vogelschutz

Eine Rundreise durch die deutschen Vogelschutzgebiete

Von Jesko Höckert

Die Deutschen sind nun einmal ein naturliebendes Volk. So ist es zu erklären, daß die Schaffung von Vogelschutzgebieten und die Forschungsarbeiten über den Vogelflug unerwartet schnell das Interesse weitester Kreise erweckt haben. Schon der Schulbub hat im Naturkunde-Unterricht davon erfahren und weiß, daß sich bekannte Vogelwarten auf der Kurischen Nehrung, auf Hiddensee, Mellum, Helgoland usw. befinden. Der „Vogelprofessor" Dr. Thienemann, der Rositten zu seinem Forschungsgebiet erkoren hatte, hat in der ganzen Welt durch seine wissenschaftlichen Erfolge dieser deutschen Forscherarbeit Beachtung verschafft. Professor Thienemann hat über 20 Jahre in Rositten gewirkt; jetzt hat die Leitung der Rossittener Vogelwarte Dr. Heinroth, der bekannte Kustos des Berliner Aquariums, übernommen.

Ein schönes Fleckchen Erde, dieses Rositten. Wie geschaffen für ein Vogelschutzgebiet. Auf der einsamen Landzunge rasten gern während des Frühjahrs- und Herbstzuges die Scharen der Zugvögel. Viele suchen sich die stille Gegend auch für längere Zeit aus, da sie dort in ihrem Brutgeschäft wenig gestört werden. Seltene und auch häufige Gäste laben sich bei dem Vogelprofessor zu Besuch: Störche, Kiebitze, Nebelkrähen, Schnepfen, Lachmöven, Silbermöven, Mantelmöven, Sturmmöven, Austernfischer, Stare, Adler, Kormorane, Käuze, Falken, Habichte usw. Und außer den unzähligen Vogelarten leben dort die Elche, der Stolz der Nehrung, die wie Recken aus grauer Vorzeit anmuten. Im Frühjahr und Herbst, wenn Hunderttausende von Vögeln über die Nehrung ziehen, ist die Beobachtungsstation in eifriger Arbeit. Die Geschwindigkeit des Vogelfluges wird festgestellt, viele Vögel werden beringt zur Feststellung der Zugstraße. Vielleicht hat am fernen Nilufer sich mancher neugierige Schwarze den Kopf darüber zerbrochen, was die kleinen Aluminiumringe an den Füßen der Vögel bedeuten sollen und wo sie herstammen.

Der Aufzucht des populärsten deutschen Vogels, des Storches, und seines seltenen Vetters, des Schwarzstorches, widmet die Vogelwarte besondere Aufmerksamkeit. — Dicht bei Rositten befindet sich die Mövenbank, auf der Tausende der friedlichen Lachmöven brüten.

Von herber Schönheit ist Mellum, das Vogelparadies der Nordsee. Auch hier nisten viele Vogelarten, die der Großstädter zum Teil nicht einmal dem Namen nach kennt: Fluß- und Brandseeschwalbe, Sturm- und Silbermöven, Rotschenkel, Austernfischer und Brandgänse. Wieviel gibt es da zu beobachten! Die verschiedenartigen Nester und Gelege, die Aufzucht der Jungen. Alte und junge Vögel beim Spiel und auf der Nahrungssuche. Den ganzen Tag herrscht ein Singen, Kreischen und Jubilieren auf der grünen Watteninsel, bis endlich der Abend Ruhe im Vogelparadies gebietet.

Von einem dritten Vogelschutzgebiet will ich noch plaudern, das ich auf meiner Rundreise besuchte: von der Ostseeinsel Hiddensee. Man muß schon, wenn man die schöne deutsche Ostseeinsel nicht mit eigenen Augen sehen kann, den früheren langjährigen Vogelwart auf Hiddensee, Gust. Stiefel, erzählen hören, um die Poesie der Vogelschutzarbeit so recht zu verstehen.

Ostern war es. Schon eine lange Reihe von Jahren ist es her. Vier Uhr Morgens. Die ersten schüchternen Sonnenstrahlen erscheinen im Firmament des dämmernden Tages. Tiefste Stille umher. Leise nur, fast unhörbar schlagen die Wellen der nahen Ostsee an den Strand. Da, da — — — im Grase das Nest eines Austernfischers! Der Vogelwart hat es schon vor einiger Zeit numeriert und registriert. Er beugt sich darüber. Winzige Schnäbel bemühen sich, die harte Eierschale zu zerbrechen. Aengstlich umkreisen die Eltern das Nest. Der Vogelwart geht weiter. Er hat noch einen weiten Weg zurückzulegen, wenn er sein ganzes Gebiet kontrollieren will. Erst mittags kommt er wieder in die Nähe des Nestes. Die vier kleinen Vogelkinder sind bereits ausgeschlüpft und werden von der allerdings noch schwachen Sonne getrocknet. Die alten Vögel haben gemerkt, daß der große Mann, der heute bereits einmal am Nest gestanden hat, ihnen und ihren Küken nichts Böses antun will. Sie kommen zutraulich näher, stolz fast, als ob sie sagen wollten:

„Sieh dir unsere Kinder nur ordentlich an. Wir wissen, du tust uns nichts. Darum haben wir zu dir Vertrauen ..."

Kein Mensch ringsum in der einsamen Gegend. Allein ist der Vogelwart mit der Kreatur, die unter seinem Schutz steht und für die er sorgen muß. Wie schnell versteht das Tier Freund und Feind zu unterscheiden. Ein wunderbares Gefühl der Gott- und Naturverbundenheit überkommt den Vogelwart, der solche Erlebnisse, die sich mit Worten nur unvollkommen schildern lassen, auch nach Jahren nicht vergessen hat.

Ein andermal durchwühlte eine gewaltige Sturmflut, die in dieser Gegend allerdings selten ist, die Ostsee. Eine Möve hatte ihr einfaches Nest zu nah an den Strand gebaut. Bald mußte die Flut es erreichen. Aber die Möve vergißt aus Angst um ihr Gelege die Gefahr der tosenden Wasser. Mühsam rollt sie Ei für Ei den Strand hinauf. Endlich hat sie ihre Eier in Sicherheit gebracht und sofort setzt die kleine Möve ihr Brutgeschäft fort.

Doch nicht immer geht es friedlich im Vogelparadies her. Von frevelnder Hand wird das Idyll gestört. Die schmackhaften Kiebitz- und Möveneier sind eine willkommene Diebesbeute. Manch Kriminal- und Detektivstückchen weiß Gustav Stiefel zu erzählen, das er bei der Verteidigung seines Schutzgebietes gegen Diebe erlebte. Oft schon um drei Uhr morgens mußte der Vogelwart auf den Beinen sein, um mit der alten Dienstflinte seine Pflegebefohlenen zu schützen. Das war nicht immer einfach. Einmal wurde das Inselchen, das in der Nähe von Hiddensee liegt, von einer ganzen Rotte von Nesträubern heimgesucht. Der Uebermacht ist der Vogelwart nicht gewachsen, aber als alter Photograph und Kurbelmann, der uns eine Reihe der schönsten Kulturfilme beschert hat, weiß er sich zu helfen. Er hat aus sicherem Versteck die Plünderer auf die photographische Platte gebannt. Die Verbrecher mögen nicht wenig erstaunt gewesen sein, als die Polizei sie noch am gleichen Tage nachmittags verhaftete. Die ziemlich harten Freiheitsstrafen, die das Gericht über sie verhängte, verfehlten ihre Wirkung nicht. Keine ungebetenen Besucher belästigten mehr das Schutzgebiet, das zur Hauptbrutzeit nur vom Vogelwart betreten werden darf.

Hiddensee hat eine ganz besondere Bedeutung als Schutzgebiet der bedrohten Seevögel, Zwergschwalbe, Uferschwalbe, Säger, Halsbandregenpfeifer, Austernfischer und Graugänse suchen und finden hier ungestörten Unterschlupf.

General Litzmann Reichstags-Kandidat?

Wie die „Wandelhalle" hört, werden die Nationalsozialisten bei den nächsten Reichstagswahlen voraussichtlich auch den preußischen Landtagsabgeordneten **General Litzmann als Kandidaten** aufstellen. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß sie mit dieser Kandidaten-Benennung verhindern wollen, daß etwa wieder die 75jährige kommunistische Abgeordnete Frau Zetkin-Moskau Alterspräsidentin des neuen Reichstags wird. General Litzmann, der jetzt 83 Jahre alt ist, würde dann **Alterspräsident** werden. Er war auch Alterspräsident des Preußischen Landtags.

Die „rote Mappe"

Bei der Reichstagsauflösung spielt bekanntlich die **„rote Mappe"** eine große Rolle. Wenn der Reichskanzler mit ihr im Saale erscheint, dann weiß jeder Kundige, daß das letzte Stündlein des Parlaments geschlagen hat. Auch in der fünften Schlußsitzung des Reichstags war das der Fall. Als von Papen in den Saal trat und die rote Mappe auf seinen Platz niederlegte, schlugen die Wogen der Erregung hoch. Nach alter Ueberlieferung waren die Auflösungsverordnungen in einer roten Mappe aufbewahrt. Als Bismarck zum ersten Male einen Reichstag auflöste, trug er die Auflösungsverordnung in einer Mappe aus rotem Juchtenleder bei sich. Es ist nicht etwa immer dieselbe Mappe, die die Auflösungsverordnung enthält. Jedesmal ist es eine andere Mappe, aber sie trägt die gefahrverkündende rote Farbe. Bei der letzten Auflösung handelte es sich um eine einfache Aktenmappe aus Pappkarton mit rotem Papierüberzug.

Das rollende Geld

Die amtliche Uebersicht der Prägungen von Reichssilber- und Reichsnickelmünzen bis Ende August 1932 ergibt nach Mitteilung der Deutschen Beamtenbund-Korrespondenz einen neuen Zuwachs von Prägungen an 5-Mark-Stücken, und zwar sind im Monat August in Karlsruhe 480 000 und in Hamburg 408 000 5-Mark-Stücke geprägt worden; die Gesamtprägung an 5-Mark-Stücken beträgt zurzeit 756 201 580. Die 3-Mark-Stücke bleiben dahinter weit zurück. An 3-Mark-Stücken sind rund 267 Millionen, an 2-Mark-Stücken 213 Millionen, an 1-Mark-Stücken 256 Millionen, an 50-Pfennig-Stücken sind rd. 73 Millionen in Umlauf, an 10-Pfennig-Stücken 65 Millionen und an 5-Pfennig-Stücken 28 Millionen. Die Neuprägung von 4-Pfennig-Stücken ist auch im August noch fortgesetzt worden, doch sind nur 42 000 4-Pfennig-Stücke geprägt worden. Der Gesamtumlauf an dieser Münze beträgt noch nicht einmal 2 Millionen Stück

Der Haftentlassungsantrag für Karl Lahusen erneut abgelehnt

Aus Berlin, 17. Sept., wird berichtet: Der von der Verteidigung der Brüder Lahusen am Donnerstag für Karl Lahusen, der sich bereits im 15. Monat in Untersuchungshaft befindet, bei der zuständigen Strafkammer des Landgerichts Bremen gestellte Haftentlassungsantrag ist gestern abgelehnt worden. Ein neuer Haftprüfungstermin ist auf den 15. Oktober festgesetzt.

Gleichzeitig ist der Eröffnungsbeschluß in dem Hauptverfahren ergangen. Die beiden Brüder Lahusen werden in zwei Punkten angeklagt, und zwar wegen Bilanzverschleierung und wegen Untreue in einem Fall. Sämtliche übrigen Punkte der Anklage, darunter die Anklage wegen Kreditbetruges gegen die Banken, wegen übermäßigen persönlichen Aufwandes und wegen Untreue in verschiedenen Fällen, darunter das Dreitage-Sicht-Trattengeschäft mit Buenos Aires und wegen der Finanztransaktion mit Buenos Aires wurden fallen gelassen.

Die Verteidigung wird dem hanseatischen Oberlandesgericht in Hamburg eine längere Haftbeschwerde einreichen, da sie der Ansicht ist, daß

feier

Die 73jährige Kunstreiterin



Therese Renz erfüllt einen Vertrag 18 Jahre nach dem Abschluß

Die älteste deutsche Reiterin und überhaupt die älteste Kunstreiterin der Welt, die berühmte Therese Renz, erfüllt zurzeit in Paris einen Vertrag, der vor mehr als 18 Jahren abgeschlossen wurde. Erst heute kommt sie — natürlich mit entsprechend erhöhter Gage — ihrer Verpflichtung nach.

Sie sollte vor gut 18 Jahren, am 30. Juli 1914, diesen Vertrag mit einem Pariser Zirkus antreten. Der Krieg verhinderte jedoch ihren Plan. Sie wurde somit infolge höherer Gewalt kontraktbrüchig. Durch gewisse Klauseln wurde aber der Vertrag nicht ungültig. Der Zirkusdirektion verblieb ein Anspruch auf Erfüllung. Sie hätte aber natürlich nach so viel Jahren keinesfalls auf ihrem Rechte bestanden, überhaupt war der ganze Kontrakt vergessen worden. Ganz zufällig fiel das Schriftstück vor einiger Zeit der Direktion wieder in die Hände. Man wandte sich gleich an Therese Renz und fragte, da man wußte, daß sie noch als Reiterin tätig war, bei ihr an, ob sie, um einen seltsamen Einzelfall zu schaffen, heute noch zur Erfüllung des Vertrages bereit sei; eine erheblich erhöhte Gage wurde ihr gleich angeboten. Therese Renz, heute noch Schul- und Kunstreiterin, nahm das Angebot ohne Zögern an, und so tritt sie denn jetzt in Paris auf.

In Paris bewundert man diese Frau, die heute mit ihren 73 Jahren noch vollkommen fehlerfrei und gewandt wie ein junges Mädchen reitet. Täglich erntet sie rauschenden Beifall von einer Menschenmenge, die gewiß nicht ahnt, wie alt die Frau im Sattel ist. Unter den Zuschauern werden sich doch wohl einige Leute befinden, die den Jahren nachzählen, solche, die sich erinnern, wie Therese Renz im Jahre 1898, damals schon über die beste Zeit des Lebens hinaus, in der Seinestadt als „Weiße Dame" auftrat und sich am ersten Abend die Herzen der Pariser eroberte.

Ein Toter bei einem Brandunglück. In der Scheune des Gastwirts Gnatowski in Domkau im Kreise Osterode (Ostpreußen), in der acht Bauhandwerker übernachteten, entstand in der Nacht ein Feuer, das sich mit ungeheurer Schnelligkeit ausbreitete. Von den acht Bauhandwerkern gelang es sieben, sich den Weg durch Flammen und Qualm aus der bis unter das Dach gefüllten Scheune ins Freie zu bahnen. Der achte, der Zimmermann Kaminski, kam in den Flammen um. Von den neben Verletzten litten fast alle mehr oder minder schwere Brandwunden erlitten. Außerdem sprang das Feuer auf das Wohnhaus und den Stall des Anwesens über und legte beide in Asche.

Zwei Fischer ertrunken. Orkanartiger Sturm hat auf dem Frischen Haff zwei Todesopfer gefordert. Der Kahn des Fischers David Schöttke aus Peyse wurde durch den heftigen Sturm umgeworfen, und der Fischer und sein Gehilfe ertranken.

Das neueste Hilfsmittel für Stadtoberhäupter!

Die Nationalisierung in den Gemeinden macht Fortschritte

Humor ist eine gute Gabe. Schöner noch ist zuweilen aber unfreiwilliger Humor. Unter diesem Gesichtspunkt verdient eine literarische Produktion Beachtung, die nach Art der Liebesbriefsteller nicht mehr und nicht weniger als 52 Bürgermeister-Reden auf unschuldigem Papier hat drucken lassen. Zweiundfünfzig Reden für 2 Mark! Der Mann, der seinen Kollegen nicht zutraut, daß sie als überzeugte Anhänger der Selbstverwaltung ihren Gedankenschatz selbst rednerisch verwalten können, ist der Vorsitzende des Badischen Bürgermeistervereins, Koch, seines Zeichens Bürgermeister in Ladenburg a. N. Da gibt es Verfassungsrede und Ministerbegrüßung, Antritts- und Abschiedsansprachen für Beamte, Ansprachen an kirchliche Würdenträger wie auch eine bei Abholung der Kirchenglocken, verschiedene Schulreden, nicht weniger als fünf Feuerwehransprachen, Hochzeits- und Vereinsreden.

Sehr nett z. B. die Dankesworte für ein Ständchen: „In der Tat, eine größere Freude hätten Sie mir nicht bereiten können, da ich selbst ein großer Freund des Gesanges bin und dem alten Wahrwort huldige: „Wo man singt, da laßt Euch fröhlich nieder, böse Menschen haben keine Lieder." — Leider haben wir in dem Büchlein die Dankrede eines unmusikalischen Bürgermeisters nicht gefunden. Fabelhaft die Ansprache bei der Bannerweihe eines Angelsportvereins: „... Wie manch einer von Ihnen hat sicherlich schon durch den Angelsport das beruhigende Wasser vielleicht stundenlang auf seine Nerven einwirken lassen ..." — Wir vermuten, daß es sich um einen alkoholfreien Angelsportverein handelt. — Die Universalität der Selbstverwaltung zeigt sich recht bei dem Versuch, die Eröffnung einer Geflügelausstellung volkswirtschaftlich zu nutzen: „Wir haben das Vergnügen, zahlreiche rassenreine Prachttiere zu sehen, zu bewundern und auch Gelegenheit, die Erfahrungen der Züchter auszutauschen, wodurch wohl manche Verbesserungen für die Zukunft erzielt werden!" Von der Grabrede für verdiente Männer wollen wir nicht weiter sprechen.

In seinem Vorwort erklärt der Verfasser, während seiner Laufbahn die Reden alle tatsächlich verübt zu haben. Man sollte ihnen nicht den Charakter des Außerordentlichen, der Einmaligkeit, nehmen!

Revolte im Erziehungsheim

Aus Limburg, 19. Sept., wird berichtet: Im Erziehungsheim Schloß Dehrn brach Sonntag abend infolge politischer Verhetzung eine Revolte aus. Die Zöglinge zertrümmerten Fenster, Türen und Einrichtungsgegenstände und versuchten zu flüchten. Feuerwehr und Landjägerei stellten die Ordnung wieder her. Zahlreichen Zöglingen ist die Flucht gelungen. Fünf Rädelsführer wurden verhaftet. Der Schaden soll etwa 3000 RM. betragen. Im vorigen Jahre wurde das Heim schon einmal durch Brandstiftung zweier Zöglinge schwer beschädigt.

Die Katastrophe des Fremdenlegionär-Zuges



Funkbild über Marseille—Paris

Die Unglücksstätte mit den völlig zertrümmerten Wagen, die über einem unterspülten Damm in eine Schlucht bei Tlemcen (Nord-Algerien) stürzten.

Reichsbankdiskont 4 Proz.

Die Reichsbank setzt mit Wirkung am 22. September den Diskontsatz von 5 auf 4 Prozent und den Lombardsatz von 6 auf 5 Prozent herab.

Dazu teilt die Reichsbank mit, daß sie sich nach Beseitigung des bisherigen gesetzlichen Hindernisses zu der Zinssenkung um so eher entschließen konnte, als seit der letzten Herabsetzung des Reichsbankdiskontsatzes der Status der Reichsbank eine weitere Erleichterung erfahren hat, die Verflüssigung an den deutschen Geldmärkten fortgeschritten ist und auch an den früheren Plätzen des Auslandes neue erhebliche Ermäßigungen der offiziellen Raten erfolgt sind.

*

Aus Berlin, 21. Sept., wird berichtet: Der Privatdiskont ist um ⅛% auf 3⅞% in der Mitte ermäßigt worden.

Die Arbeitsmarktlage im Reich

Nach dem Bericht der Reichsanstalt betrug die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen am 15. September rund 5 261 000, lag also nicht wesentlich über der Zahl vom 31. August. In einzelnen wichtigen Berufsgruppen fand eine Entlastung, in anderen eine Neubelastung des Arbeitsmarktes statt, überwiegend aus jahreszeitlichen Ursachen.

In der Arbeitslosenversicherung wurden am 15. September rund 659 000 (gegen 697 000 Ende August), in der Krisenfürsorge rund 1 280 000 (gegen 1 295 000 Ende August) Hauptunterstützungsempfänger betreut.

Die Zahl derjenigen Arbeitslosen, die mit Notstandsarbeiten beschäftigt waren, belief sich Ende August schätzungsweise auf 65 000 Personen. Im freiwilligen Arbeitsdienst waren Ende August rd. 144 000 Arbeitsdienstwillige beschäftigt.

Die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen kann für Mitte September noch nicht geschätzt werden. Für Ende August sieht sie nunmehr mit 2 030 000 fest.

Der Christlich-Soziale Volksdienst für Hindenburgkurs

Eine Mitarbeiter-Tagung des Christlich-Sozialen Volksdienstes, auf der Professor Dr. Strathmann-Erlangen über das Thema „Reichsführung und Reichsverfassung" sprach, faßte in Nürnberg nachstehende Entschließung:

„In dem Kampf zwischen machtgierigem Parteitum und einer allein durch die Sachziele vaterländischer Politik geleiteten autoritären Staatsführung gehört der Volksdienst auf die Seite der letzteren. Er hat diese Haltung seit seinem ersten Auftreten im Reichstag im Jahre 1930 eingenommen. Sie auch dem gegenwärtigen Kurs Hindenburgs gegenüber beizubehalten, wird ihm dadurch erleichtert, daß dieser die Bindungen an das Parteitum völlig aufgegeben, die Parteiwirtschaft in Preußen beseitigt, den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit mit großzügigen neuen Plänen aufgenommen und die kulturauflösenden Strömungen abzuwehren begonnen hat. Auch begrüßen wir die entschiedene Haltung in der Abrüstungsfrage. Das alles bedeute keineswegs, daß der Volksdienst alle Maßregeln der zurzeit amtierenden Regierung billigt. Insonderheit ist die Härte der sozialen Abbaumaßnahmen nicht erträglich. Da aber mit der Parteiherrschaft notorisch nichts auszurichten ist, so kann der Volksdienst es nur als seine Aufgabe ansehen, sich gewiß kritisch, aber positiv mitarbeitend zu einer von Hindenburg berufenen autoritären Regierung zu stellen. Dies insonderheit auch darum, weil die politischen Belange des evangelischen Deutschtums so viel eher zur Geltung gebracht werden können als bei einer Parteiregierung, wie sie vom Zentrum und von der Nationalsozialisten angestrebt wird."

Sondergerichtsurteile

Das Nachspiel eines Klebekolonnen-Zusammenstoßes

Das Sondergericht in Paderborn verkündete am Mittwochnachmittag im Prozeß wegen der Vorgänge, die sich in der Wahlnacht in Neuhaus ereigneten, das Urteil. Der Anklage lag ein Zusammenstoß zwischen Klebekolonnen verschiedener Parteien zugrunde. Es kam dabei zu einem Angriff, bei dem der Anklage zufolge aus dem Kraftwagen des der NSDAP. angehörigen Arztes Dr. Linden mehrere Schüsse fielen, von denen der Arbeiter Brüschke tödlich getroffen wurde. Dr. Linden wurde wegen Totschlags, gefährlicher Körperverletzung, Sachbeschädigung und Vergehens gegen das Waffenmißbrauchsgesetz zu einer Gesamtgefängnisstrafe von sieben Jahren verurteilt. Der Angeklagte Wüschen erhielt wegen gefährlicher Körperverletzung und Sachbeschädigung eine Gesamtgefängnisstrafe von zwei Jahren. Die übrigen 12 angeklagten Nationalsozialisten wurden zu Gefängnisstrafen von drei Monaten bis zu einem Jahr verurteilt.

Das Krefelder Sondergericht

hat zum erstenmal getagt. Ein jüngerer Angeklagter wurde zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte in der Nacht zum 26. August d. J. auf dem Rheindamm bei Uerdingen einen Nationalsozialisten mit einem Messer eine zwei Zentimeter tiefe Fleischwunde beigebracht.

In der zweiten Verhandlung wurde ein Bauarbeiter aus Mörs zu drei Jahren einem Monat Zuchthaus unter Anrechnung der Untersuchungshaft verurteilt. Dieser Angeklagte war auf einem Arbeitersportplatz gewesen, in dessen Nähe ich einige SA.-Leute trafen. Der Angeklagte hatte auf diese mehrere Schüsse abgegeben und fünf zum Teil erheblich verletzt.

In Ratibor

stand der Bürstenmacher Hannich aus Katscher vor dem Sondergericht. Hannich wurde zur Last gelegt, nach einer Veranstaltung Katschener SA. unterwegs dem Kraftwagenführer Baumann nach einem Wortwechsel einen schweren Bauchschuß beigebracht zu haben. Die Beweisaufnahme ergab, daß der Angeklagte in Notwehr gehandelt hatte. Deshalb wurde er lediglich wegen unbefugten Waffenbesitzes zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Ferner standen wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung aus politischen Gründen der Bäckergeselle Rudzki und die Kraftwagenführer Hehlmann und Rohrbach vor dem Gericht. Nach einem Tanzvergnügen gab es eine Auseinandersetzung zwischen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten, wobei die Angeklagten gemeinsam den Kraftwagenführer Kusch mit Biergläsern und Stuhlbeinen schlugen, so daß er lange in ärztlicher Behandlung bleiben mußte. Das Urteil lautete für jeden der drei Angeklagten auf ein Jahr zwei Monate Zuchthaus.

Neue Verurteilungen in Beuthen

Das Beuthener Sondergericht verhandelte gegen sieben Kommunisten aus Miechowitz, bei denen in den Tagen vor der letzten Reichstagswahl gelegentlich einer Haussuchung eine größere Anzahl von Waffen sowie Dynamitpatronen, Sprengkörper und fertiggestellter Behältnisse zur Anfertigung von Bomben gefunden worden waren. Der Hauptangeklagte, der aus Oesterreich stammende Grubenarbeiter Jakob Meier, wurde zu fünf Jahren und einem Monat Zuchthaus verurteilt. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen. Drei Angeklagte erhielten Gefängnisstrafen von zwei bis vier Monaten, gegen einen Angeklagten wurde das Verfahren abgetrennt.

Zwischenfall im Untersuchungsausschuß des Braunschweigischen Landtages

Im parlamentarischen Untersuchungsausschuß des Braunschweigischen Landtages wegen der Hergabe staatlicher Gelder zum Wohnungsbau während der Regierungszeit des früheren Finanzministers Dr. Jasper kam es zu einem sensationellen Zwischenfall.

Der Bauunternehmer Weiß, der als Zeuge über die Zahlung einer Kommission in Höhe von 20 000 RM. vernommen werden sollte, verweigerte unter Berufung auf das Strafgesetzbuch die Aussage.

Als Weiß nach längerer Beratung des Ausschusses nochmals unter Strafandrohung zur Aussage aufgefordert wurde, diese aber wiederum verweigerte, wurde wegen grundloser Aussageverweigerung seine sofortige Verhaftung angeordnet und außerdem eine Geldstrafe von 100 RM. gegen ihn verhängt. Weiß wurde darauf von einem Kriminalbeamten abgeführt.

Nach der Vernehmung eines anderen Zeugen erklärte sich der Verhaftete später bereit, seine Aussage zu machen. Der Haftbefehl gegen ihn wurde wieder aufgehoben und Weiß beantwortete nunmehr ausführlich die ihm vom Ausschuß gestellten Fragen.

Der „Angriff"-Prozeß

Am gestrigen Verhandlungstage des Prozesses gegen die „Angriff"-Redakteure Dr. Lippert und Krause wegen Beleidigung und Verleumdung des früheren Polizeipräsidenten Grzesinski und des ehemaligen Polizeivizepräsidenten Dr. Weiß wurde in Fortsetzung der Beweisaufnahme zunächst der jetzige Leiter des Spieldezernates, Kriminalpolizeirat Böse, als Zeuge gehört. Weiter wurden als Zeugen vernommen Oberregierungsrat Dr. Kopp und Polizeirat Krüger. Der Vorsitzende gab noch ein Telegramm des als Zeugen geladenen Staatssekretärs Dr. Weismann aus Locarno bekannt, in dem dieser mitteilt, daß er aus Gesundheitsrücksichten nicht in Berlin erscheinen könne. Die Verhandlung wurde hierauf auf Freitag vertagt. An diesem Tage wird die Beweisaufnahme geschlossen werden.

Der kritische Punkt in Genf

Hendersons Ansprache im Büro der Abrüstungskonferenz

Präsident Henderson eröffnete die Tagung des Büros der Abrüstungskonferenz mit einer kurzen Ansprache, in der er erklärte, die Abrüstungskonferenz sei jetzt an ihrem kritischsten Punkt angelangt, es handele sich jetzt darum, ob man zu einer wirksamen und ernsthaften Herabsetzung der Rüstungen oder zu einem neuen Rüstungswettlauf gelange. **Hauptaufgabe des Büros sei die Vorbereitung des zweiten Tagungsabschnittes der Konferenz, der, wie er bestimmt hoffe, eine Reihe konkreter Abrüstungsmaßnahmen zeitigen werde.**

Die Rede Hendersons wurde von der Versammlung schweigend entgegengenommen.

Sodann legte der Präsident das Schreiben des deutschen Außenministers vom 14. September und die Antwort des Konferenzpräsidenten vor. Beide Schreiben wurden im Wortlaut verlesen. Mit dem Vorschlage Hendersons, über die Mitteilung der deutschen Regierung vorläufig in keine Diskussion einzutreten für den Fall, daß die deutsche Regierung den Wunsch habe, auf seinen Brief zu antworten, erklärte sich das Büro einverstanden.

Die Debatte

In der Nachmittagssitzung des Büros der Abrüstungskonferenz wandte sich die Diskussion der Durchführung der Entschließungen des Hauptausschusses der Konferenz vom 23. Juli zu.

Der russische Volkskommissar Litwinow erklärte, man habe die Atmosphäre des Pessimismus und der Enttäuschung, die die erste Konferenzperiode gekennzeichnet habe, noch nicht vergessen. Auch Henderson habe zugeben müssen, daß die bisherigen Ergebnisse der Konferenz recht spärlich seien. Man müsse jetzt endlich zu konkreten und wirksamen Maßnahmen, besonders auf dem Gebiete der quantitativen Abrüstung, kommen. Die qualitative Abrüstung, mit der sich die Konferenz bis jetzt ausschließlich beschäftigt habe, genüge allein nicht. Der russische Delegierte betonte, daß alle Konferenzteilnehmer die Abwesenheit Deutschlands bedauern müßten. Die baldige Rückkehr Deutschlands zur Konferenz sei wünschenswert. Wenn das Büro im Laufe seiner jetzigen Beratung dem Hauptausschuß der Konferenz wirklich konkrete Maßnahmen für eine durchgreifende Abrüstung vorschlagen könne, so bestünde gewiß Aussicht, daß Deutschland wieder zur Abrüstungskonferenz zurückkehre. Das verschwundene Vertrauen werde nicht wiederkommen, wenn man sich nur mit geringfügigeren Dingen beschäftige und immer wieder neue Komitees einsetze. Man müsse sich jetzt endlich auf große Fragen konzentrieren.

Die weitere Debatte trug einen rein technischen Charakter. Es zeigte sich, daß unter den Mitgliedern des Büros ziemlich erhebliche Meinungsverschiedenheiten über den einzuschlagenden Weg bestehen.

Der französische Kriegsminister Paul-Boncour warnte vor einer Zurückverweisung der verschiedenen Fragen an die technischen Komitees. Es habe sich gezeigt, daß eine Einigung zwischen technischen Sachverständigen nur sehr schwer zu erreichen sei. In einem politischen Gremium, wie es das Büro der Konferenz darstelle, sei dies eher möglich.

Die Debatte wird am Donnerstag fortgesetzt.

*

Hoovers Appell

Aus Washington, 21. Sept., meldet das Wolffbüro: Die gestrige Erklärung Hoovers zur deutschen Rüstungsfrage hat in der amerikanischen Oeffentlichkeit außergewöhnliches Interesse hervorgerufen.

Obwohl die Erklärung des Präsidenten lediglich an die breite Oeffentlichkeit gerichtet und nicht von einer diplomatischen Aktion — sei es hier oder durch die amerikanische Botschaft in Berlin — begleitet war, obwohl man daher also von einem formellen Appell an die Reichsregierung nicht sprechen kann, so wird doch in der amerikanischen Presse die mit dramatischer Plötzlichkeit erfolgte Kundgebung Hoovers als eine „Appell an Deutschland" bezeichnet. In den Zeitungen wird überwiegend betont, Hoover habe Deutschland darüber beruhigen wollen, daß die von Paris ausgehenden Gerüchte über eine französisch-amerikanische Einheitsfront gegen Deutschlands Standpunkt in der Rüstungsfrage vollkommen unbegründet seien, daß Amerika vielmehr an dem Entwaffnungsdiktat des Versailler Vertrages keineswegs interessiert sei.

Es wird ferner hervorgehoben, daß Hoover, dem seit Regierungsantritt die Förderung der Weltabrüstung das höchste und innigst erwünschte Ziel seiner Außenpolitik sei, Deutschland zur weiteren Mitarbeit brauche, in der festen und von ganz Amerika geteilten Ueberzeugung, daß weder der Weltfriede noch Deutschlands eigenste Interessen gefördert werden könnten, wenn Deutschland sich von den Verhandlungen fernhalte.

Gandhis Kampf

Wasser, das Lebenselixier des Fastenden

Reuter berichtet aus Puna, 21. Sept.: Gandhi wurde nach Beginn seines Fastens in seiner Gefängniszelle von Pressevertretern besucht, denen er u. a. sagte: Gleich dem Propheten des Islams und gleich Jesus, wenn auch auf niedrigerer Stufe, habe ich den Kampf für die Gerechtigkeit begonnen. Mit dem Fortdauern meines Fastens wird der Schrei meiner Stimme gen Himmel steigen zu Gott dem Allmächtigen. Der Mahatman erklärte, er wolle kein Mitgefühl erregen.

„Tränen", so sagte er, „werden in einigen Tagen sinnlos sein. Das Verlangen nach Nahrung wird mit vergehen und ich werde tief in Gedanken versinken. Ich werde eins werden mit der Sache, um die es geht. Dennoch werde ich unmenschliche Anstrengungen unternehmen, um am Leben zu bleiben, denn ich bin ebenso begierig weiter zu leben, wie irgendein anderer Mensch. Es gibt kein besseres Lebenselixier als Wasser, und ich werde es genießen, um meine Hoffnung zu stärken, bis das Gewissen der britischen Regierung und der Hindus erwacht."

Hindukongreß über die Wahlkörperschaften

Das Wolffbüro berichtet aus Bombay, 21. Sept.: Die Konferenz der Kastenhindus und der Führer der unterdrückten Klassen, der sogenannten Unberührbaren, trat gestern unter dem Vorsitz von Pandit Malaviya wiederum zusammen. Der Führer der Abordnung, die Gandhi besucht hatte, erstattete einen Bericht, demzufolge Gandhi nach wie vor unbedingt gegen gesonderte Wahlkörperschaften für die Unberührbaren sei. Gemeinschaftliche Wahlkörper mit besonderen Sitzen für die Unberührbaren billige er nicht. Er werde sich aber, falls die Konferenz sich darauf einige, damit abfinden. Ein Unterausschuß arbeitete darauf einen entsprechenden Entwurf aus, der von zwei Mitgliedern der Konferenz heute Gandhi unterbreitet werden soll. Die Einrichtung gesonderter Wahlkörperschaften für die Unberührbaren war von der britischen Regierung beschlossen worden, nachdem die Konferenz am Runden Tisch in dieser Frage keine Einigung erzielen konnte. Doch war damals britischerseits ausdrücklich bemerkt worden, wenn sich die Vertreter der orthodoxen Hindus und der Unberührbaren auf ein anderes System einigten, werde die britische Regierung damit einverstanden sein.

Letzte Drahtnachrichten

Bonn stellt zunächst die Staatsüberweisungen ein

Der Jahresabschluß für das Geschäftsjahr 1931-32, den die Stadthauptkasse Bonn fertiggestellt hat, weist einen Fehlbetrag von 1 279 000 RM. aus, ohne daß in diesem Betrag die noch ausstehenden Ausfälle aus buchmäßigen Rückständen berücksichtigt sind. Für das Rechnungsjahr 1932-33 wird Bonn mit Einschluß der früheren Defizite einen solchen von rund 7,5 Mill. RM. aufweisen. Die zur Aufbringung der Wohlfahrtslasten in Aussicht gestellte Reichshilfe hat bisher enttäuscht, die Erleichterung der Bürgersteuer hat weitere Ausfälle gebracht, sodaß sich der Gesamtfehlbetrag im Laufe des Rechnungsjahres noch erhöht hat. Die Stadtverwaltung hat jetzt die Ueberweisung der Reichssteuern eingestellt, um Gelder zu bekommen, mit denen am 1. Oktober fällig werdende Verpflichtungen gedeckt werden können. Mit den in den nächsten Tagen eingehenden Beträgen sollen dann die rückständigen Reichssteuerüberweisungen nachgeholt werden.

Italien fordert Arbeitszeitverkürzung Deutschland stimmt zu

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes ist in Genf zu einer zweitägigen Sondersitzung zusammengetreten, um zu dem Antrag der italienischen Regierung über die Herabsetzung der Arbeitszeit in der Industrie auf dem Wege internationaler Vereinbarungen Stellung zu nehmen.

Der italienische Vertreter Senator de Michelis machte den Vorschlag, daß Ende dieses Jahres in Genf eine technische Vorkonferenz zur Prüfung der Frage stattfinde. Nach Ansicht der italienischen Regierung dürfe mit der Herabsetzung der Arbeitszeit eine Kürzung des Einkommens der Arbeiter nicht verbunden werden. Der französische Regierungsvertreter stimmte dem Antrag zu, ebenso der deutsche Regierungsvertreter, Staatssekretär Dr. Grieser, der erklärte, die deutsche Regierung stehe auf dem Standpunkt, daß in der jetzigen Zeit der Depression die Arbeitszeitverkürzung ein geeignetes Mittel sei, um Arbeit zu schaffen. Der italienische Vorschlag stünde mit den wirtschaftspolitischen Gedankengängen der deutschen Regierung im Einklang, deren jüngstes Programm darauf hinausginge, aus arbeitslosen Unterstützungsempfängern wieder Lohnempfänger zu machen. Die italienische Regierung habe mit ihrem Antrag einen Mut bekannt, für den man ihr Anerkennung schuldig sei.

Im weiteren Verlauf der Debatte sprachen sich die Arbeitnehmer geschlossen für den italienischen Vorschlag aus. Die Arbeitgeber gaben eine vorsichtige Erklärung ab, in der eine weitere Prüfung der Frage verlangt wird.

Eine gesonderte Erklärung gab der italienische Arbeitgebervertreter ab, der dem Antrage seiner Regierung zustimmte.

Botschafter Edge nach Washington beordert

Aus Washington, 21. Sept., wird gemeldet. Staatssekretär Stimson hat heute mitgeteilt, daß er den amerikanischen Botschafter in Paris, Edge, nach Washington beordert habe. Dieser Schritt sei in Verbindung mit den französisch-amerikanischen Handelsvertragsverhandlungen, keineswegs jedoch zwecks Diskussion der Kriegsschuldenfrage erfolgt.

„Graf Zeppelin" wieder in Friedrichshafen

Aus Friedrichshafen, 21. Sept., wird berichtet: Nach einer Rekordfahrt von 67½ Stunden ist das Luftschiff „Graf Zeppelin" von seiner Südamerikafahrt um 21.30 Uhr glatt in Friedrichshafen gelandet. An Bord befanden sich zehn Passagiere. Die Führung des Luftschiffes hatte Kapitän Lehmann.

Nachruf.

Nach hartem Ringen erlöste der Herr am 20. 9. den

Landwirt

Heinrich Kemper

von seinem schweren Leiden. Er war seit langen Jahren Mitglied der Gemeinde-Vertretung und stellv. Gemeinde-Vorsteher. Mit ihm wurde ein Mann aus unserer Mitte gerissen, der sich durch seinen treffenden Rat und seine freudige Hilfsbereitschaft die Wertschätzung und Liebe aller Gemeindeeingesessenen erworben hat.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Lendringsen, den 21. September 1932.

Die Gemeinde-Vertretung.

Statt Karten.

Heinrich Rocholl
Hanna Rocholl
geb. Vogelsänger
Vermählte

Ostönnen, den 22. September 1932.

Wir danken herzlich

für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben Entschlafenen.

Im Namen der Hinterbliebenen:
Bernhard Fischer.

Soest, im September 1932.



Oeffentliche Volksversammlungen:

Am Freitag, den 23. Sept. 32, abends 8 Uhr 15 in Soest, im Gruß'schen Saale;
am Samstag, den 24. Sept. 32, abends 8 Uhr 15 in Bad Sassendorf im Gasthof Sauerland.

Redner: Gauleiter Paul Wolski-Hagen. —
Thema: „Arbeit, Brot oder Untergang!"

Freie Aussprache!

Unkostenbeitrag 30 Rpfg., Erwerbslose 15 Rpfg.

Sozial-Republikanische Partei Deutschlands, Ortsverein Soest.

Krieger- u. Landwehr-Verein Müllingsen.

Antreten zur Beerdigung d. verstorbenen Kameraden

H. Kemper

am Freitag, den 23. d. Mts., nachm. 1/2 1 Uhr b. Schäfer, 1 Uhr bei Brünger.

DER VORSTAND

Kurzschriftverein Soest

Am Dienstag, den 4. Oktober 1932, um 20 Uhr, beginnen in der Oberrealschule ein

Anfängerlehrgang!
in der Deutschen Einheitskurzschrift

unter Leitung eines geprüften Kurzschriftlehrers. Kosten einschl. Lehrmittel 10,— Rm. (auch in Raten zahlbar).

Lehrgang in der Redeschrift, für Mitglieder,
Fortbildungsabende für Mitglieder Dienstags und Freitags abends 20 Uhr unentgeltlich.

Anmeldungen zum Anfängerunterricht und Neuanmeldungen von Mitgliedern werden bei Kursusbeginn und vorher beim Vorsitzenden, W. Trockel, Brüder-Walburg-Wallstr. 3, entgegengenommen.

Kampf gegen Kulturschande im Rundfunk!

Gegen Rundfunk-Terror und undeutsches Programm, gegen Funkpaläste und Bonzengehälter, Kampf für einen freien deutschen Rundfunk, für ein deutsches Programm, für eine politische Redefreiheit, für soziale Gerechtigkeit und Herabsetzung der Gebühren auf RM 1.—, das ist das Ziel des

Reichsverbandes Deutscher Rundfunkteilnehmer e.V. für Kultur, Beruf und Volkstum
Berlin W 9, Potsdamer Straße 134a.

Jeder deutsche Hörer gehört in unsere Kampffront! Erklären Sie noch heute Ihren Beitritt.

Der Reichsverband Deutscher Rundfunkteilnehmer liefert seinen Mitgliedern gegen einen Beitrag von RM 0.90 monatlich zuzüglich 6 Pfg. Bestellgeld die wöchentlich in Kupfertiefdruck erscheinende, mit Europa-Programm ausgestattete, reich illustrierte nationale Rundfunk-Zeitschrift

„Der Deutsche Sender"

und bietet seinen Mitgliedern zahlreiche Vergünstigungen, Bastelkurse, technische Ausbildung, Künstlerdienst, Mikrophon- und Rednerkurse, Fachberatung usw. Einmalige Aufnahmegebühr RM 1.—.

STOLPER empfiehlt:

Ia. Apfelwein vom Faß	1 Ltr.	35 ₰
	¾ Ltr. o. Fl.	30 ₰
Ia. Wermutwein vom Faß	1 Ltr.	68 ₰
	¾ Ltr. o. Fl.	60 ₰
Ia. Tarragona vom Faß	1 Ltr.	95 ₰
	¾ Ltr. o. Fl.	85 ₰
Ia. Malaga vom Faß	1 Ltr.	105 ₰
	¾ Ltr. o. Fl.	90 ₰
Ia. Samos vom Faß	1 Ltr.	110 ₰
	¾ Ltr. o. Fl.	90 ₰

und noch 5 Prozent Rabatt

Curt Stolper,
Soest und Filialen.

Schuhe

mit und ohne Beschlag für Straße und Beruf kaufen Sie besonders günstig bei

Mundt, Grandweg 7



Heute frisch beste
Rindfleisch
u. Hammelfleisch
Ernst Borbein

Unsere Schlager

sind **Gelegenheitskäufe:**

1 Dose 2 Pfd. **Rübenkraut** nur 55 Pfg.
1 Eckgl. 1 Pfd. **Erdbeer-Konfitüre** nur 70 Pfg.
5 Stück **Mouson** Seife nur 47 Pfg.
1 Rgl. **Sparkernseife** 400 gr. nur 22 Pfg.
dazu noch 5 Proz. **Rückvergütung.**

HILL A.G.



Fabrikniederlage Soest, Marktstr. 9, Telefon 472

Geschäftliches

Gutes besteht.

Die Wahrheit dieses Wortes beweist auch das allen Hausfrauen bekannte Dr. Thompson's Schwanpulver in dem bekannten roten Paket. Seit über 50 Jahren schon steht es im Dienste der sparsamen Hausfrau. Noch immer hat sich Schwanpulver für Wäsche und Haushalt am besten bewährt. Das neue Doppel-Paket hilft besonders sparen. Es kostet nur 44 Pfg. (Normal-Paket 24 Pfg.). Zum Klarspülen und Bleichen der Wäsche empfiehlt sich das gute Seifix-Paket 14 Pfd., als Haushaltseife die reine, milde Schwan-Seife.

Aufschnittmaschine
Käsemaschine
Oelbehälter
Thekenaufsatz

kaum gebraucht auch in Raten billig zu verkaufen. Off. unt. 4915 an die Gesch.

Gebrauchte guterhaltene

Aufschnittmaschine

zu kaufen gesucht Offerten mit Preis an d. Gesch. u. Nr. 4918

Hefe

und sämtliche **Backartikel** stets frisch und billig.

Markthalle
Soest.

Die beste und billigste Bezugsquelle für Qualitäts-Kaffees

ist die Groß-Rösterei

Albert Ahlemeyer,
Wald.-Str. 19.
Mitglied des Rabattsparvereins.

Betten

Bekanntmachung

In Ergänzung meiner Bekanntmachung vom 17. September 1932 betr. Ferienfestsetzung werden auf Antrag des Bürgermeisters in Niederense auch in den übrigen Gemeinden des Amtes Bremen die Herbstferien anderweitig wie folgt festgesetzt:

von Donnerstag, den 29. September 1932
(letzter Schultag)
bis Freitag, den 14. Oktober 1932
(erster Schultag).

Soest, den 21. September 1932.

Der Landrat.

Bekanntmachung

Auslobung.

Zwanzig Reichsmark zahlen wir für jede Anzeige
einer Verunreinigung des Soestbaches,
einer Beschädigung an städtischen Baumpflanzungen und Anlagen,
wenn die Anzeige zur Bestrafung des Täters führt. Bei mehreren Anzeigen gegen denselben Täter verteilt der Magistrat die Belohnung unter Ausschluß des Rechtsweges.

Soest, den 21. September 1932.

Der Magistrat.

Bekanntmachung

Am 2. Oktober tritt der diesjährige Winterfahrplan in Kraft. Ausfertigungen des Fahrplans sind auf unseren Bahnhöfen zu haben.

A.-G. Ruhr-Lippe-Kleinbahnen.

Kartoffel-Verkauf.

Herr Ehrenbürgermeister Schulze-Lohne läßt am Sonnabend, den 24. September, 17 Uhr, an der Kreisstraße zwischen Lohne und Bad Sassendorf:

3 Morgen Kartoffeln

in Abteilungen meistbietend verkaufen.

Zahlung vor der Ernte.

Bad Sassendorf. Wilhelm Stamm.

Schlank ohne Diät! in kurz. Zeit **20 Pfd.** leichter durch mein einf. Mittel. Auskunft kostenlos: **Salvina, Hamburg 24, Nr. F 31.**

Zwangsversteigerung.

Freitag, den 23. September, versteigere ich um 10,30 Uhr in der Gastwirtschaft Andernach:

1 Bücherschrank, 1 Kredenz, 1 Schreibmaschine, 1 Rollschrank

öffentlich meistbietend gegen sofortige Zahlung.

Elliger, Obergerichtsvollzieher.